

Posener Zeitung.

Das Abonnement
auf dies mit Auenahme der
Sonntage täglich erscheinende
Blatt beträgt vierteljährlich
für die Stadt Posen 1 1/2 Thlr.,
für ganz Preußen 1 Thlr.
24 1/2 Sgr.
Bestellungen
nehmen alle Postanstalten des
In- und Auslandes an.

Insertate
(1/4 Sgr. für die fünfgespal-
tene Zeile oder deren Raum;
Reklamen verhältnismäßig
höher) sind an die Expedi-
tion zu richten und werden
für die an demselben Tage er-
scheinende Nummer nur bis
10 Uhr Vormittags an-
genommen.

Amtliches.

Berlin, 22. Mai. Se. Majestät der König haben Allergnädigst ge-
reht: Die Kreisrichter Ha der in Liebenwerda, Seeburg in Dommitzsch und
Jacobs in Eilenburg zu Kreisgerichts-Räthen zu ernennen; den Rechtsanwal-
ten und Notaren Hunger in Merseburg, Peters in Wittenberg und Hanke
in Eilenburg den Charakter als Justizrath, dem Kreisgerichts-Sekretär Krause
in Querfurt den Charakter als Kanzleirath, und dem Kreisgerichts-Salarien-
assistenten Wend in Erfurt den Charakter als Rechnungsrath, so wie
dem Sekretär Braumüller bei dem Provinzial-Schul-Kollegium in Berlin
den Charakter eines Kanzleiraths zu verleihen.

Dem Lehrer bei der Akademie der Künste S. Domstle und dem Hofma-
ler G. Hanstein hier selbst ist das Prädikat „Professor“ verliehen worden.

Der Landgerichts-Referendarius Johann Joseph Fischer zu Köln ist
auf Grund der bestandenen dritten Prüfung zum Advokaten im Bezirke des Kö-
niglichen Appellationsgerichts Hofes zu Köln ernannt worden.

Ihre Königliche Hoheit die Prinzessin Karl von Preußen ist gestern von
hier nach Weimar, und

Se. Königliche Hoheit der Prinz Albrecht von Preußen nach Dresden
abgereist.

Se. Königliche Hoheit der Prinz Friedrich Karl von Preußen ist vor-
gestern nach der Lausitz abgereist.

Se. Königliche Hoheit der Großherzog von Mecklenburg-Schwe-
rin ist am 18. d. nach Schwerin abgereist.

Angenommen: Se. Excellenz der General-Lieutenant und Inspekteur
der technischen Institute der Artillerie, von Runowski, aus der Rheinpro-
vinz; der Großherzoglich mecklenburg-schwerinsche Staats-Minister von Se-
wegow, von Schwerin.

Telegramme der Posener Zeitung.

Paris, Dienstag 21. Mai. Der heutige „Moniteur“
sagt in der Note, die über einen von den italienischen Jour-
nalen veröffentlichten Brief des Kaisers an den Prinzen
Murat spricht, daß der Kaiser einen solchen gar nicht ge-
schrieben habe.

Kopenhagen, Dienstag 21. Mai. Durch königliche
Resolution werden die Kavallerie und die Infanterie-Abthei-
lung des ersten und zweiten Generalkommando-Distrikts Ende
Mai auf gewöhnliche Stärke reduziert werden.
(Eingeg. 22. Mai 8 Uhr Vormittags.)

Posen, 22. Mai.

Mit bitter-süßer Miene trifft Frankreich die Anstalten zum Rück-
zuge aus Syrien. Noch fühlt sich das napoleonische Regiment
nicht stark genug, um offenen Widerstand gegen die europäische
Vereinbarung zu versuchen, welche die Räumung Syriens auf den
5. Juni festgesetzt hat, und zwar mit der ausdrücklichen Erklärung
Englands, daß dieser Termin als der äußerste zu betrachten sei.
Noch bis vor kurzem hat man stark daran gezweifelt, daß der Kaiser
der Franzosen es über sich gewinnen werde, sich vor dem Recht der
Verträge zu beugen und die einmal gewonnene Position im Orient
wieder aufzugeben. Daß diese Zweifel nicht ganz unbegründet
waren, erhellt aus den diplomatischen Erklärungen, welche seitdem
über diese Angelegenheit veröffentlicht worden sind. In der De-
pesche, welche Thouvenel unter dem 3. Mai d. J. an den französi-
schen Botschafter in Konstantinopel, Marquis v. Lavalette, gerichtet
hat (s. gestr. Btg.), deutet der französische Minister wiederholt darauf
hin, daß Frankreich eine Verlängerung der Okkupation in einer oder
der andern Form lebhaft gewünscht und den Gedanken nur vor dem
Widerspruch der Pforte, hinter welcher der geharnischte Wille Eng-
lands stand, aufgegeben hat. Die Pforte selbst, meint Thouvenel,
hätte darauf Bedacht nehmen müssen, durch irgend eine Kombination
die Verlängerung des europäischen Schutzes herbeizuführen, dessen
die syrischen Christen zur Zeit noch gar nicht entbehren könnten.
Da nun aber die Regierung des Sultans gegen ihre eigenen In-
teressen so blind sei, so bleibe Frankreich nichts weiter übrig, als den
Bestimmungen der Pariser Verträge Folge zu leisten. Natürlich
nehme Frankreich, indem es die europäischen Vereinbarungen erfülle,
von nun ab die volle Freiheit seines Urtheils und Verhaltens in
Betreff Syriens wieder für sich in Anspruch, und sollte der Orient
der Schauplatz neuen Anheils werden, so werde Frankreich sich ver-
anlaßt finden, für die Ohnmacht der türkischen Regierung einen
Ersatz eintreten zu lassen, da vielhundertjährige Traditionen ihm
die Pflicht auferlegten, den Christen des Libanon gegen neue Ver-
folgungen wirksame Unterstützung zu leisten. Noch stärker be-
tont war die Erklärung, welche Villault im Senate abgab, indem
er versicherte, daß Frankreich nun seine eigene Freiheit wieder ge-
wonnen habe, und vor Nichts zurückweiche, wenn es sich frei bewe-
gen könne.

Man muß gestehen, daß die diplomatische Sprache in diesen
Kundgebungen nur wenig von den Bestimmungskünsten Gebrauch
macht, welche derselben herkömmlicher Weise zugestanden werden.
Der Groll über den der französischen Politik angethanen Zwang
konnte wohl nicht offener zu Tage treten. Gegen England, den
treuen Bundesgenossen im orientalischen und im chinesischen Kriege,
magt man zur Zeit noch nicht, dem Unmuth freien Lauf zu lassen.
Dagegen nimmt man keinen Anstand, der Pforte versteckte Anklagen
und offene Drohungen ins Angesicht zu schleudern. Napoleon hält
es nicht mehr der Mühe werth, die Rolle fortzuspielen, die er zur
Zeit des orientalischen Krieges übernommen hatte. Die „Integrität
und Souveränität der Türkei“ gab ein passendes Stichwort ab,
als es galt, sich bei Rußland in Respekt zu setzen und die französische
Marine, ohne Besorgniß vor dem Einspruch des mißgünstigen
Albions, auf eine imposante Höhe zu bringen. Jetzt wird das alte
Programm in die Kumpelkammer geworfen. Mit einer gewissen
Räuberthat erklärt Napoleon, daß er augenblicklich für gut fände, sei-
nen Verpflichtungen gegen Europa nachzukommen und das gegebene

Wort gewissenhaft einzulösen. Doch möge man daraus ja nicht
den Schluß ziehen, daß er sich grundsätzlich und konsequent zu einem
so harmlosen Verfahren bekenne. Vielmehr behalte er sich vor, nach
Ermeßen, trotz allen Widerspruchs, seinen eigenen Gang zu gehen
und aus dem Verhältnis einer Schutzmacht der Pforte heraus zu
treten, um die Auflösung des sinkenden Reiches zu beschleunigen
und seine Erbschaftsansprüche vorweg in oberster Linie geltend zu
machen.

In solchen Kundgebungen liegt offenbar eine Herausforderung,
welche nicht minder gegen Europa, als gegen die Türkei gerichtet
ist. Andererseits fragt sich aber, ob Frankreich gegenwärtig über
die Mittel gebietet, um die Drohung mit allem erforderlichen Nach-
druck durchzuführen. Die Antwort dürfte schwerlich bejahend lau-
ten. Die bisherigen Erfolge der napoleonischen Politik im Orient,
in Italien und in China sind unter der aktiven oder moralischen
Beihilfe Englands errungen worden, und zwar so, daß der britische
Beistand den französischen Bestrebungen nicht bloß durch seine
eigene Macht nützte, sondern auch wesentlich durch Verhinderung
einer osteuropäischen Koalition. Wenn Napoleon im Orient mit
der englischen Politik offen zu brechen wagt, so fallen die Grund-
bedingungen der bisherigen Allianzverhältnisse fort und er findet in
seinem früheren Bundesgenossen den erbittertesten Gegner. Freilich
bietet Rußland zum Ersatz keine Freundschaft an. Indessen beweist
eben der Rückzug Napoleons in der syrischen Angelegenheit, daß er
entweder der moskowitzischen Zärtlichkeit nicht recht traut, oder die
russische Macht nicht ausreichend zur Unterstützung seiner Pläne er-
achtet. Wir glauben daher, daß Napoleon seine Absichten auf den
Orient kaum eher in Ausführung bringen wird, als wenn er sich
gegen den Widerstand Englands gesichert weiß.

Deutschland.

Preußen. AD Berlin, 21. Mai. [Deutsche Son-
derbündelei; zur Küstenbefestigung; die Polizeian-
gelegenheit.] Morgen (22. Mai) soll also die Konferenz der
Würzburger stattfinden, um einen Separatbeschluß der Mittelstaa-
ten in Sachen der Bundeskriegsverfassung festzustellen. Nach Allem,
was man hört, ist es die Absicht der sonderbündlerischen Diploma-
tie, die Heereskontingente der Mittelstaaten als eine eigene Abthei-
lung der Bundesarmee zu konstituieren und für dieselbe einen Ober-
feldherrn zu bestellen. Ueber die darauf bezüglichen Fragen sind
im Korrespondenzwege schon vielfach vertrauliche Unterhandlungen
gepflogen worden, und das Ergebnis aller bisherigen Schritte scheint
sich dahin zu neigen, daß der König von Württemberg zur Führung
des mittelstaatlichen Heeres berufen werde. Die Vorliebe dieses
Monarchen für das Kriegswesen und seine militärischen Erfahrun-
gen würden an sich einer solchen Wahl genügend das Wort reden.
Es fragt sich aber, ob derselbe eine Wahl, für welche das bestehende
Bundesrecht keine Begründung bietet, überhaupt annehmen mag,
und ob Bayern, das sich zur Vertretung der „rein deutschen Staa-
ten“ allein berufen erachtet, gutwillig den Kommandostab aus
den Händen geben wird. — Wenn die Angelegenheit der deutschen
Küstenbefestigung auch am Bunde noch immer stockt, so hat doch
die von Preußen ausgehende Anregung anderweitig gute Früchte
getragen. In mehreren deutschen Städten ersten Ranges gewinnen
die Bestrebungen zu Gunsten einer deutschen Marine, und ganz be-
sonders für Herstellung einer Flottille von Dampf-Kanonenbooten
erfreuliche Erfolge. Namentlich in Hamburg, Bremen und Dres-
den wird die Bewegung von reglamen Männern unterstützt, welche
sowohl durch ihre finanzielle Stellung, wie durch das Gewicht ihres
Einflusses zum Gelingen des Unternehmens wesentlich beitragen
können. Bekanntlich hat Preußen gerade die besondere Nützlichkeit
der Dampfkanonenboote für die Küstenverteidigung lebhaft her-
vorgehoben und bereits selbst 18 solcher Fahrzeuge fertig gestellt.
Einer imposanten Flottille von Dampfkanonenbooten gegenüber
würde Dänemark eine Küstenblockade gar nicht zur Ausführung bring-
en können. — Von allen Seiten wird bestätigt, daß binnen Kur-
zem das Ausscheiden des Polizeipräsidenten aus seinem Amte zu
erwarten steht. Auch von einer Disziplinaruntersuchung gegen den-
selben hört man sprechen. Uebrigens giebt das maaglose Gezeiter
einiger Blätter über diese unerquickliche Angelegenheit der „Times“
die willkommene Veranlassung zu dem Rathe, Preußen möge doch
lieber erst im eigenen Hause Ordnung machen, ehe es für die Her-
zogthümer gegen Dänemark zu Felde zieht!

[Berlin, 21. Mai. [Vom Hofe; Tagesnachrichten.]
Der König hat heute wieder sehr angestrengt gearbeitet. Schon am
Morgen ließ er sich von den Geheimräthen Illaire, Costenoble und
v. Döbstedt Vortrag halten und hatte alsdann eine längere Be-
sprechung mit dem Prinzen Adalbert. Zum Präses im Marine-
Ministerium ist der Generalmajor v. Ribben, seither Kommandeur
der 11. Infanterie-Brigade, ernannt worden. Als der Prinz Adal-
bert das Palais verlassen, empfing der König den Polizeipräsiden-
ten v. Zedlitz und hatte mit demselben eine längere Konferenz. Man
vermuthet, daß Herr v. Zedlitz schon in den nächsten Tagen einen
Nachfolger erhalten werde. Unter den Kandidaten wird neuerdings
auch der Abg. v. Storff genannt, doch stehen natürlich auch noch
die Herren v. Bardeleben und v. Winter auf der Liste; Ersterer soll
jedoch wenig Lust haben, die Erbschaft anzutreten. Mittags nahm
der König im Beisein des Prinzen August von Württemberg eine
große Zahl militärischer Meldungen entgegen; es meldeten sich meist
solche Offiziere, die in den letzten Tagen zu höheren Chargen beför-
dert worden sind und hatten diese auch die Ehre, zur königlichen
Tafel befohlen zu werden, die um 5 Uhr stattfand. — Vor der Ta-
fel empfing der König noch den Staatsminister v. Auerswald. Der-
selbe kam aus der Ministerkonferenz, die Vormittags 11 Uhr ihren

Anfang genommen und erst gegen 5 Uhr ihr Ende erreicht hatte.
Der Kronprinz wohnte diesem Ministerrathe bis zum Schluß bei.
Wie man hört, soll über die Polizeiverwaltung ausführlich verhandelt
und schließlich auch von dem Schluß der Landtagssession die
Rede gewesen sein. — Die Frau Prinzessin Karl ist heute früh nach
Weimar abgereist, um die Königin-Wittve der Niederlande zu be-
grüßen, welche aus Haag am großherzoglichen Hofe zum Besuch
eingetroffen ist. Dorthin ist bereits gestern auch der niederländische
Gesandte zum Empfange der Königin von hier abgegangen.
Die Frau Prinzessin Karl will schon morgen Abend von Weimar
hierher zurückkehren, weil ihre Schwiegertochter, die Prinzessin
Friedrich Karl an den Masern erkrankt ist, die jetzt noch immer sehr
stark grassiren. Die Kinder der Prinzessin sind sofort nach dem
Marmorpalais zu Potsdam gebracht worden. Der Leibarzt der
Prinzessin ist der Sanitätsrath Dr. Ayr, welcher täglich von Pots-
dam nach Berlin kommt und den größten Theil des Tages hier
zubringt. Durch ihre Erkrankung ist die Prinzessin auch verhindert
worden, nach Dessau zu gehen und dort der Taufe des jüngstgebor-
nen Sohnes des Erbprinzen beizuwohnen. Unter den Taufzeugen
befand sich der König von Hannover. — Soweit bis jetzt bestimmt,
geht der König im Herbst wieder nach Ostende und folgt ihm dort-
hin auch der Minister des Auswärtigen und die Chefs des Zivil-
und Militärkabinetts. Die Königin will um diese Zeit ihren Aufenthalt
am Hofe zu Karlsruhe nehmen und das kronprinzliche Paar gedenkt
auf einige Wochen nach seiner Bestimmung Buschvorwerk in Schlesien
zu gehen. — Der Prinz Wilhelm von Baden, der sich gestern Abends
noch beim Könige mit dem Minister v. Schleinitz, den Gesandten
Graf v. Galen, Graf v. Pourtalès, v. Heydebrand u. besand, ist
heute früh nach Karlsruhe zurückgereist; gleichzeitig ist auch die
Prinzessin Therese von Oldenburg von hier nach Dresden abgegan-
gen, die erst am Sonnabend von Petersburg hier eingetroffen war.
— Der Prinz Friedrich Karl hat heute früh eine Inspektionsreise
nach Frankfurt angetreten, will aber wegen der Erkrankung seiner
Gemahlin schon morgen von dort hierher zurückkehren. — Die
Minister der kleinen deutschen Staaten scheinen sich hier ein Rendez-
vous gegeben zu haben; aus Schwerin ist nun auch der Staats-
minister v. Levesow hier angekommen. Der Minister v. Schleinitz
hat jetzt fast nur mit fremden Ministern und Gesandten zu konse-
riren. — Graf Königsmarck ist nach Haag abgereist; man sagt, er
überreiche sein Abberufungsschreiben und lehre schon am Sonnabend
wieder hierher zurück. Sein Ersatzmann soll bekanntlich Graf Per-
poncher sein.

2 Berlin, 21. Mai. [Die Militärvorlagen; Be-
nennungen der Truppenkörper.] Es läßt sich nach dem
Erscheinen der beiden Berichte der Militärkommission des Abgeord-
netenhauses unmöglich verkennen, wie tief und schneidend die Gegen-
sätze sind, welche sich bei der am Donnerstag beginnenden Ver-
athung über die Militärvorlagen entgegnet werden, und wie
nahe hier ein Konflikt zwischen der Regierung und der Volksvertre-
tung zu Tage tritt, der, wosern es nicht gelingen sollte, diese wich-
tige Frage noch in dieser Session zur beiderseitigen Zufriedenheit
zu erledigen, alle Aussicht hat, in Hinsicht seiner Bedeutung noch
weit über die gegenwärtig alle Welt beschäftigende Polizeifrage hin-
auszuwachsen und die größten Folgerungen nach sich zu ziehen.
Im Allgemeinen herrscht jedoch zur Zeit noch der Glaube an eine
gütliche Einigung über die von der genannten Kommission aufge-
worfenen triftigen Punkte vor, obgleich die Begründung dieser Auf-
fassung bei einer ruhigen Beurtheilung der Verhältnisse wohl kaum
gerechtfertigt erscheinen dürfte. Selbst die Bewilligung der von der
Kommission zur Absehung vorgeschlagenen Posten des diesjährigen
Militäretats Seitens der Kammern und die Acceptirung des gan-
zen von der Regierung für Militärzwecke geforderten Mehrbetrages
als Extraordinarium würde die Entscheidung der hier vorliegenden
Prinzipienfrage nur vertagen; die gegenwärtige Lage der Dinge
aber und die im Allgemeinen, namentlich durch die unglückliche Po-
liceiangelegenheit und auch sonst durch das ganze zögernde und zu-
rückhaltende Benehmen der Regierung in beinahe allen die Zeit be-
wegenden Fragen so mächtig aufgeregte Stimmung lassen schon
jetzt mit ziemlicher Bestimmtheit voraussehen, daß die nächste Kam-
mer schwerlich in der der Regierung vor Allem am Herzen liegen-
den Frage der neuen Militärorganisation gesügelter sein wird, als
die gegenwärtige, und der Streit über dieselbe würde und müßte
demnach im nächsten Jahre und so fort bis zu dessen endlicher Ent-
scheidung nach hüben oder drüben sich abermals und nur heftiger
von Neuem erheben. Als der bei Weitem wichtigste Punkt unter
den diesmal von der erwähnten Kommission der Kammer vorge-
schlagenen Abseetzungen muß übrigens die beantragte Streichung
des Trainetats betrachtet werden. Es handelt sich hierbei zwar nur
um den Train, die unwesentlichste Waffengattung, allein dieser
Antrag zielt nichtsdestoweniger unmittelbar auf den innersten Mit-
telpunkt des Militärorganisationsentwurfs der Regierung ab, denn
dieselbe hat es durch die Fahnenweihe am 18. Januar dieses
Jahres und auch sonst vielfach ausgesprochen, daß sie kein Mittel-
glied von dem ihrerseits als militärisch nothwendig Erkannten aus-
zugeben gewillt sei; sie hat für die Militärfrage eine nur durch
den Geldpunkt beschränkte Machtvollkommenheit beansprucht und
kann, ohne das ganze von ihr aufgeführte Gebäude zu gefährden, von
diesem einmal eingenommenen Standpunkte unmöglich mehr abgehen,
während umgekehrt die Kammer, wenn sie auch nur den Train aus der
Reihe des faktisch Eingeführten und Bestehenden auslöscht, für ein
ferneres Vorgehen auf diesem Wege völlig freie Hand besigen
würde und damit augenscheinlich die von der Regierung für das
Militärwesen beanspruchte Stellung bereits in ihren Grundfesten
als durchaus gelöst und erschüttert betrachtet werden dürfte. Fol-

geschwerer für das Gefüge der Armee selber erscheint fast noch die Auffassung der Kommission, daß der Regierung nach dem Landwehrgezet von 1814 eine Verwendung der jüngeren Landwehrklassen zur Ausfüllung der Kadres der Linientruppen keineswegs zustehe; wesentlich nicht minderbedeutend auch die Abiegung der für die Hinterlegung der Ausrüstungsgegenstände für einen verstärkten Stand der Gesagbataillone und für die Landwehr des ersten Aufgebots geforderten Summe; denn es ist seit lange kein Geheimniß mehr, daß die Regierung für den Mobilmachungs- oder Kriegesfall, und zwar in Betreff der Landwehr des ersten Aufgebots ebensfalls unter Abweichung von dem Gezet von 1814, aus diesen beiden Truppenelementen die Besatzung der Festungen zu bilden beabsichtigt, was ohne eine zeitige Hinterlegung der vollständigen Ausrüstung für dieselbe allerdings kaum möglich erscheinen würde. Die anderen Absehungspunkte dürfen gegen diese drei allerdings nur als nebensächlich betrachtet werden, aber freilich nur in Vergleich zu diesen nächstwichtigen Punkten, denn die Errichtung eines neuen Kadettenhauses involviret eigentlich die ganze Frage der Offizierbildung in sich, und der Gegenstand in Auffassung derselben von Seiten der Regierung und beinahe der gesammten Intelligenz der Nation darf unbedingt wohl als der am tiefsten greifende bezeichnet werden. Wie man vernimmt, ist übrigens neuerdings in einer besonderen Denkschrift der Regierung von dem Chef des preussischen Militär-Bildungs- und Erziehungswesens, General v. Peuler, der Vorschlag gemacht worden, als Ergänzung für die bestehenden Kadettenanstalten an den Gymnasien königlichen Patronats-Freistellen für unbemittelte Offiziersöhne zu gründen, welche in jenen wegen Ueberfüllung derselben keinen Platz mehr finden können; ein Vorschlag freilich, der mit der ganzen Vergangenheit dieses Generals, der, soviel bekannt, kein Offiziersohn ist und, wie man sich auszudrücken pflegt, von der Pflanze auf gedient hat, in kaum erklärlichem Widerspruch stehen würde, außerdem aber auch noch ein Vorschlag, der bei seiner bestimmten Hervorhebung gerade von Offiziersöhnen schwerlich bei der Nation auf besonderen Beifall rechnen dürfte. — Wie man noch hört, steht nächstens wieder eine ziemlich ausgedehnte Aenderung in Benennung der einzelnen Truppentheile zu erwarten. Am zweckmäßigsten erschien schon, bei der ungemainen Schwerfälligkeit der meisten dieser Benennungen dieselben ganz aufzuheben und wieder die frühere und zutreffende Bezeichnung der einzelnen Heereskörper durch Nummern einzuführen.

[Neue Planeten.] Nach der Entdeckung des Planeten Veto durch Dr. Luther in Bilk sind abermals zwei neue Planeten entdeckt worden, der eine von Schiaparelli in Mailand am 29. April, der andere von Goldschmidt in Châtillon, bei Paris, am 5. Mai. Die Zahl sämmtlicher kleiner zwischen Mars und Jupiter befindlicher Planeten ist jetzt auf 69 gestiegen, von denen 7 in dem gegenwärtigen Jahre 1861 entdeckt wurden.

Danzig, 20. Mai. [Nationalverein.] Die mehrfach besprochene größere Versammlung der Mitglieder des deutschen Nationalvereins aus den Provinzen Preußen, Pommern und Posen wird nun, wenn nicht unerwartete Ereignisse dazwischen treten, zu Danzig in den letzten Tagen des Juli stattfinden. Das zur Veranstaltung derselben niedergesezte Lokalkomitee, dessen Vorsitzender der Dr. med. Lévin in Danzig ist, hat bereits die erforderlichen Einladungen erlassen. Es werden nach vorläufiger Feststellung folgende Gegenstände zur Verhandlung kommen: 1) Entwurf einer Adresse, betreffend die deutsche Zentralgewalt und das deutsche Parlament; 2) Resolution, betreffend die Abgeordnetenwahlen für die deutschen Landesvertretungen; 3) Resolution, betreffend die preussische, resp. deutsche Marine; 4) Resolution, betreffend das preussische Herrenhaus. Fernere Anträge sind bis zum 1. Juli an Herrn Lévin einzuliefern. Doch meinen wir, daß, wenn nicht neue Ereignisse noch irgend einen anderen Gegenstand auf die Tagesordnung bringen sollten, dieselbe nur noch durch eine einzige Resolution in Betreff der nationalen Stellung der Provinz Posen erweitert werden dürfte. Eine solche Resolution muß aber schlechterdings auch auf die Tagesordnung kommen, und, wenn wir recht unterrichtet sind, wird sie gerade von Posener Mitgliedern des Nationalvereins gestellt werden. Wir rechnen auf eine zahlreiche Beteiligung aus allen drei Provinzen, für unsere Provinz nicht gerade darum, weil eine preussische Stadt es ist, in welcher die Zusammenkunft stattfinden wird, auch für Posen nicht, weil gerade ein entschieden Posener Interesse zur Sprache kommen soll, und eben so wenig für Pommern, weil von dieser Provinz aus der Hauptantrag, nämlich der auf eine deutsche Zentralgewalt und das deutsche Parlament betreffende Adresse, angemeldet worden ist. Vielmehr haben wir die Ueberzeugung, daß die Bewohner aller dieser drei Provinzen, so viele ihrer die Würde und die Macht des Vaterlandes als das nothwendigste und edelste Ziel ihrer Bestrebungen erkannt haben, es auch einmüthigen Sinnes als eine unerlässliche Pflicht betrachten werden, den Nordosten Deutschlands durch eine zahlreiche Versammlung angemessen zu repräsentiren, und durch den gewichtigen Inhalt und die würdige Form ihrer Beschlüsse theils der Regierung unseres Staates eine ernste Mahnung zuzurufen, theils in den Bürgern anderer deutscher Staaten das Vertrauen auf unsere deutsche Gesinnung und auf die Festigkeit unseres Willens, wo Thaten erforderlich sind, zu befestigen und zu stärken. (N. Z.)

Oestreich. Wien, 19. Mai. [Der Protest des kroatischen Landtages gegen die Gesamtstaatsverfassung.] Das Ereigniß des Tages ist der vom kroatischen Landtage ausgesprochene Protest gegen die Veröffentlichung der Gesamtstaatsverfassung vom 26. Februar. Man hat sich hier ziemlich lange mit der Hoffnung geschmeichelt, die Kroaten würden sich am Ende doch herbeilassen, den Wiener Reichsrath zu beschicken, und es sind nach dieser Richtung vielfache Versuche gemacht worden. Die faktische Einverleibung Dalmatiens in Kroatien und die Ausschreibung von Wahlen in der Militärgrenze zum kroatischen Landtage, das heißt die Beseitigung des absolutistisch-militärischen Systems in der Militärgrenze, waren der Preis, um welchen der Agrarier Landtag seine Deputirten nach Wien hätte schicken sollen. Indes es ist anders gekommen, als man gedacht hatte, und man kann es eine eigenthümliche Fügung nennen, daß gerade von Seite der Kroaten, die im Jahre 1848 den Gesamtstaat erhalten und durch ihr Auftreten die Durchführung der Zentralisationsideen der folgenden Periode ermöglicht hatten, daß dieselben Kroaten jetzt wieder die ersten sind, welche gegen die Gesamtstaatsverfassung

protestiren, und daß in diesem Punkte die Agrarier Versammlung sogar der Pesther zuvorgekommen ist. Man wird nicht fehlgehen, wenn man annimmt, daß die Adreßdebatte des Abgeordnetenhauses diesen Beschluß des kroatischen Landtages wenigstens zur Reife gebracht hat. Die Autonomisten erhalten durch den jüngsten Beschluß des kroatischen Landtages neue Beweisgründe und neuen Muth, und selbst die allerentschiedenste zentralistische Partei wird sich dem Eindrucke der neuesten Thatfachen nicht verschließen können. Der Beschluß, resp. Protest der Kroaten gegen die Februarverfassung ist der erste offene Riß in dieses Werk, und da von Ungarn und Siebenbürgen ein ganz ähnliches Verhalten mit Bestimmtheit zu erwarten ist, so tritt die Frage ganz nahe heran, was denn mit dieser Verfassung, was mit dem in Wien tagenden Reichsrathe, was überhaupt geschehen solle. Soviel wir zu wissen glauben, wird man von Seite der Autonomisten, die jetzt wohl bald wieder zu ihrer früheren Bezeichnung, „Föderalisten“ zurückkehren dürften, nach irgend einer Form suchen, um eine Revision der Verfassung zu ermöglichen. Nach den unter dieser Partei umlaufenden Ideen müßte eine solche Revision durch ein Komitee geschehen, welches aus Deputationen aller Landtage, einschließlich des der Krone des heiligen Stephan, zusammengesetzt sein sollte. Das so geschaffene Werk würde dann von den einzelnen Landtagen und von der Krone zu sanktioniren sein. Die Czachen ihrerseits sollen nach verlässlichen Andeutungen an dem Gedanken eines gemeinschaftlichen Parlaments, das jedoch nur aus einem Hause zu bestehen hätte, festhalten. Der Kompetenzkreis dieser aus den Landtagsboten der einzelnen Länder zusammengesetzten Versammlung würde ein sehr enger sein, sie hätten im Allgemeinen kaum mehr zu thun, als gemeinsame Vorlagen für alle Landtage zu schaffen, so daß dieser allein die eigentlichen Beschlußfassungen vorzunehmen hätte.

[Tagesnotizen.] Die Direktion der Nationalbank hat beschlossen, den ihr unterstehenden Beamten, in Anbetracht der herrschenden Theuerung sämmtlicher Lebensbedürfnisse und in Anbetracht dessen, daß der Beamte, welcher auf seine fixen Bezüge angewiesen ist, die rapid eingetretene Preiserhöhung besonders fühlt, eine Gehaltsaufbesserung zukommen zu lassen. — Die verschiedenen Projekte, welche die Aufhebung des Tabaksmonopols zum Zweck haben, sind von Hrn. v. Plener einer Spezialkommission überwiesen worden, deren Arbeit nun beendet ist, und deren einstimmiger Antrag dahin geht: das Tabaksmonopol nicht aufzuheben. — Die Subelfeier des Kardinals-Erzbischofs v. Haulik hat auch die Agrarier israelitische Kultusgemeinde festlich begangen und eine Dankesandacht abgehalten.

[Magyarische Thätigkeit.] Wie man hört, ist die ungarische Partei in Siebenbürgen sehr thätig, Deputirte zu wählen und dieselben in das Abgeordnetenhaus nach Pesth zu senden. Die Zentralregierung, von dem Vorhaben in Kenntniß gesetzt, soll den Grafen Apponyi in seiner Eigenschaft als Landes-Oberrichter aufgefordert haben, die Bescheidung des ungarischen Reichstages zu vereiteln; Graf Apponyi aber hätte geantwortet, daß er als Präsident des Oberhauses mit dem ungarischen Abgeordnetenhaus nichts zu schaffen habe und den Siebenbürgern den Eintritt in dasselbe nicht wehren könne.

[Die Steuereintreibung in Ungarn.] Ein Artikel an der Spitze der „Wiener Zeitung“ ist von hoher Bedeutung, insofern, als er beweist, daß die exekutorischen Schritte in Ungarn Behufs der Steuereintreibung keine vereinzelt Maasnahmen sind, sondern daß ihnen ein System zu Grunde liegt. Es ist die erste offizielle That zur Verwirklichung des im Oktober-Diplom aufgestellten und im Februar-Patente festgehaltenen Prinzips, wonach das Finanzwesen auch jenseit der Leitha zu den gesammten Staatlichen Angelegenheiten gezählt wird. Bisher war der faktische Zustand der Dinge derjenige, daß das Oktober-Diplom die k. k. Finanz-Direktionen in Ungarn beibehielt, daß aber die restaurirten Komitatsbehörden dieselben aus der Hand nahmen, indem sie ihre Mitwirkung bei der Eintreibung der Steuern in allen jenen Punkten verweigerten, wo dieselbe früher den k. k. Komitatsbehörden und Stuhlrichterämtern obgelegen hatte. Da nun der Staatschatz, abgesehen von anderen ungarischen Einnahmen, z. B. der Rechnung für das Unterhaus in Pesth mit 102,000 fl. für den Monat April, sehr beträchtliche Zahlungen für rein ungarische Landesverwecke leisten mußte (so für die Komitatsverwaltung, für die Grundentlastungszinsen und für die Realisirung verloroster Grundentlastungsobligationen), so sah die Regierung sich genöthigt, diejenigen Geschäfte, die bei der Steuereintreibung früher den k. k. Komitatsbehörden und Stuhlrichterämtern zugefallen waren, den k. k. Finanz-Bezirksdirektionen zu überweisen. Von jeder Ausendung einer Spezialkommission in die tenitenten Gemeinden haben die Finanz-Direktionen den betreffenden Oberg. span, resp. Bürgermeister früher zu verständigen. Die Kommission fordert zunächst den Gemeindevorstand auf, seine Pflicht zu erfüllen; im Fall einer Weigerung derselben übernimmt sie selbst die Steuer-Einhebung, zieht jedoch wieder ab, wenn sie binnen drei Tagen nicht ein genügendes Resultat erzielt hat. Alsdann erfolgt die militärische Besetzung der Kommune, welche so lange dauert, bis die Steuerrückstände sammt der kurrenten Schuldigkeit bis beiläufig zu zwei Dritttheilen des Gesamtbelaufes, die Kosten der in die Gemeinde entsandten Kommission aber vollständig eingezahlt sind. Wo die Gemeindevorstände bei der Einhebung mitwirken, können die Kommissionen aus triftigen Gründen brevi manu Einzelnen oder auch der ganzen Kommune eine Frist von sechs Wochen bewilligen. Gemeinden, die eine angemessene Abschlagszahlung geleistet, darf auf ihre Bitte die Finanzbezirks-Direktion eine Stundung des Ueberrestes und die sofortige Entzerrung der Exekutionsmannschaft zugestehen.

[Fäden für die Mitglieder des Abgeordnetenhauses.] In der Sitzung des Abgeordnetenhauses am 15. d. kam der folgende Dringlichkeitsantrag des Bischofs Litwinowicz zur ersten Lesung: 1) Sämmtliche Mitglieder des Abgeordnetenhauses des Reichsrathes erhalten ein Taggeld von 10 Gulden öst. Währung, und zwar vom Eröffnungstage des Reichsrathes angefangen. 2) Außerdem erhalten die Abgeordneten eine Reise-Entschädigung von einem Gulden öst. Währung für jede Meile der Entfernung ihres Wohnortes von Wien, und zwar sowohl für die Hin- und Rückreise. 3) Diese Tagegelder und die Reise-Entschädigungen werden aus Reichsmitteln bestritten, und kein Mitglied darf auf deren Bezug verzichten. Der Antrag wurde zur Ausschüßberathung verwiesen.

Prag, 19. Mai. [Rehabilitirung.] Der Kaiser hat

dem J. U. C. Vincenz Bawra sämmtliche Folgen seiner kriegsrechtlichen Aburtheilung nachgesehen und gestattet, daß derselbe auch bezüglich der Ausübung seiner politischen Rechte als rehabilitirt angesehen werde. Bekanntlich bildete die von Seite der Statthaltereiannullirte Wahl des Herrn Bawra zum böhmischen Landtage einen Gegenstand eingehender Debatten auf dem letztern und gab diese Angelegenheit Anlaß zu dem Beschlusse, an den Kaiser eine Petition um Rehabilitirung politisch Kompromittirter zu richten. Bawra ist gegenwärtig der eigentliche Redakteur des eine gemäßigte Haltung beobachtenden czechischen Blattes „Cas“ und jedenfalls einer der wenigen würdigen Vertreter der czechischen Journalistik.

Pesth, 18. Mai. [Landtagsverhandlungen.] Konrad M. erörtert in der heutigen Sitzung die Folgen des zwölfjährigen Systems für die Wohlfahrt der Völker, er führt eine Anzahl Ziffern zum Beweis dessen an, daß Ungarn verarmt sei; hätte die Regierung von 1849 an eine die Völker beruhigende Politik verfolgt, so hätte jährlich 160 Millionen für den Staatshaushalt genügt; die Erhaltung des Systems erforderte ein Superplus von 880 Mill., welche unfruchtbar und gegen das Interesse des Landes verwendet wurden; 1500 Mill. Schulden, Verkauf von Staatseigentum in Summa 2½ Milliarden beträgt die Zahl, die beweise, wie Deßreich früher regiert wurde. Die Politik der Gewalt kann nunmehr auf Ungarn nicht angewendet werden, dagegen sei Regelung dieser Zustände nothwendig, und das Land wird geneigt sein, in Fragen der Zoll- und Finanzgesetzgebung sich mit dem österreichischen Reichstag ins Einvernehmen zu legen. (Beifall.) Szilagyi Birgit hält eine lange Rede gegen die Adresse, erhebt wegen der russischen Intervention Vorwürfe und erklärt eine Vermittelung für unmöglich. Szilagyi's fast zweistündige Rede, welche die extremsten Ansichten vertritt und unter Andern die Behauptung aufstellt: gegen die Finanzjübel Deßreichs gebe es kein Heil, nur die Auslösung des Reichs, wurde von Zeichen der Ungeduld und Langeweile begleitet. Paul Somjoch's glänzende und wirksame Rede geht hauptsächlich vom Standpunkte der Legitimität aus; der Redner spricht energisch sein Verdammungsurtheil darüber aus, daß die Monarchie das Prinzip der Legitimität, ihre einzige Grundlage, aufgab. Die Verhandlungen des Landtages konstatiren die Einigkeit der Nation, das einmüthige Festhalten an den Gesetzen vom Jahre 1848, daher der Regierung nur die Wahl bleibe, sich auf den Boden der 1848er Gesetze zu stellen, oder Gewaltmaßregeln zu ergreifen. Eine vernünftige Entscheidung sei dringend, jeder Tag erhöhe die Verwirrung, vermehre die Schwierigkeiten. Hinsichtlich des Konfords bes bemerkt er, dasselbe sei selbstverständlich ungegültig in Ungarn; für Kroatien, fährt der Redner fort, werden wir in unserer Verfassung ein unbeschriebenes Blatt freihalten. Vom Zwang könne heutzutage Nationen gegenüber keine Rede sein. Gott lenkt das Leben der Völker; wer von heute auf morgen Konstitutionen improvisiren, Völker schaffen will, versündigt sich gegen Gott. (Der Erfolg der Rede war ein sehr großer.)

Holstein. Kiel, 19. Mai. [Erzesse gegen den Baron Dirckind-Holmsfeld.] Wir haben wiederholt schon Beispiele des Terrorismus berichtet, den die gegenwärtig in Dänemark am Ruder befindliche Partei gegen alle Andersdenkenden ausübt. Handgreiflich hatten unter demselben bisher übrigens nur die Schleswiger zu leiden, in Dänemark selbst beschränkte man sich darauf, durch die Presse seine Gegner, wenn auch in einer bei uns ungebührlichen Weise, herunterzumachen. Jetzt aber sind dort auch die Personen nicht mehr sicher, wenn sie es wagen, der von den Herren Eiderdänen gegebenen Parole eine durchaus anderslautende entgegenzusetzen. Als ein solcher Gegner der gegenwärtigen Regierungsmarimen ist auch der Baron Dirckind-Holmsfeld bekannt. Durch zahlreiche Broschüren in dänischer und deutscher Sprache und mit schärfster Offenheit hat derselbe seit Jahren die dänischen Zustände kritisiert und sich den Gewaltthabern gründlich verhaßt gemacht. Eine Schrift, in welcher er kürzlich in beiden Sprachen die Rechtfertigung des Ministers Raaslöff gegen Hall verteidigte, hat aber sein Maas voll gemacht. Der Baron hat seinen Wohnsitz in der Nähe von Roeskilde auf Seeland verlassen müssen und ist in Kiel eingetroffen, da seine persönliche Sicherheit in Dänemark gemäßen: Schon am Sonntag hätten sich auf öffentlicher Straße gegen den in Roeskilde sehr mißliebigen Baron Zeichen, daß ein Ausbruch öffentlichen Unwillens stattfinden werde, kundgegeben, doch der Baron habe nichtsdestoweniger sich am Montag, wo in der Stadt Jahrmarkt war, öffentlich gezeigt, sei überall verhört und verfolgt und habe dann die Polizei um Schutz angesprochen und Bewachung seines in der Nähe der Stadt gelegenen Gehöftes verlangt, da ihm mit dem, was geschehen sollte, direkt gedroht sei. Die Polizei sei in ihrer größten Stärke (wie groß diese war, ist nicht gesagt) erschienen; dennoch seien um 10 Uhr Haufen von allen Seiten herangekommen und hätten mit Steinen die sämmtlichen Fenster eingeworfen. Trotz aller Anstrengung hätte aber die Polizei nichts hindern und Niemanden fangen können. So wären noch bevor die Bürgerwehr habe heranrücken können, habe man dem Vernichtungswerk ein Ende machen können. Es ward dabei in der Erzählung eingeräumt, daß nicht allein sämmtliche Scheiben, sondern auch „Möbeln und Anderes“ ruiniert seien, und daß die Eukultuanten die größte Lust gehabt hätten, dem Besizer so nahe wie möglich zu kommen, doch sei keiner von den Unruhestiftern ins Haus getreten. Auch wird ferner zugestanden, daß ein verabredeter Plan das Ganze geleitet habe und Leute aus allen Ständen zugegen gewesen seien. Wenn bei dieser Darstellung der Vorgang auch ein beklagenswerther genannt wird, so sieht man doch aus dem ganzen Ton, daß die Sache eigentlich so in völliger Ordnung gewesen sei. Die drei Hauptblätter Kopenhagens liegen uns vor. „Dagbladet“ bringt die Erzählung, die „Berlingske Tid.“ (das offizielle Organ) druckt sie ab und „Fædrelandet“ bemerkt darüber: es wäre doch zu entschuldigen, da keine gute Gesellschaft und kein ehrenwerther Mann den Baron, dessen gewissenlose Feder Land und Leute so beschimpfte, überhaupt hätte bei sich dulden dürfen. Man sieht also daraus, daß gegenwärtig in Dänemark die Herren Eiderdänen Lynchjustiz zu üben anfangen. Der Baron hat seinen Wohnort verlassen, weil die Polizei ihm, wie wir erfahren, mitgetheilt hat, sie könne ihn nicht schützen. (Das erzählen freilich die dänischen Blätter nicht.) Da er aber in Kopenhagen, wo der Pöbel viel leichter erregbar ist, als in einem Landstädtchen, noch mehr von Insulten

zu fürchten hatte, begab er sich in die deutschen Lande seines Königs, wo er allerdings ganz sicher sein kann. (Sp. 3.)

Großbritannien und Irland.

London, 18. Mai. [Zur Macdonald-Affaire.] Die Morning Post, die Herrn v. Vincke einer oberflächlichen Kenntniss der neueren und älteren Kriegsgeschichte zeibt, weil er nicht ohne Weiteres zugegeben hat, daß England mit seiner jetzigen Armeeorganisation auch ohne alle Allianzen jedem Angriff gewachsen sei, giebt ihrerseits einen wunderbaren Maasstab für die Würdigung ihrer eigenen Studien an die Hand, indem sie in dieser Polemik unter Anderem zweimal wiederholt, daß Friedrich der Große es gewesen, der zuerst den Titel eines Königs von Preußen angenommen, und zwar im Jahre 1772! England aber war schon die erste Nation der Welt, als die Bewohner des preussischen Landes noch Hängediener und Halbilde waren. Nach diesen Proben von der Geschichtskunde der Morning Post, die selbst in den Diskussions-Räumen von Shoe-Lane und Fleet-Street nicht ganz ohne stille Bewunderung aufgenommen werden dürften, wird ein näheres Eingehen auf die politische Vorlesung, welche das mit diplomatischer Miene auftretende Blatt bei dieser Gelegenheit den Bewohnern des preussischen Landes zu halten für angemessen findet, nicht erwartet werden. Eines scheint dem Stolz der Morning Post ganz besonders unerträglich zu sein: daß Herr v. Vincke es gewagt, England an die Freundschaftsdienste zu erinnern, welche es mehr als einmal von Preußen empfangen. Daß neben solchen Aeußerungen des Mißwillens, der Unkunde und der absichtlichen Entstellung auch Stimmen einer gerechteren Würdigung sowohl des speziellen Falles, um welchen es sich hier handelt, wie der allgemeinen Beziehungen zwischen England und Preußen laut geworden sind, ist früher schon erwähnt worden. So haben unter anderen der Daily Telegraph, der auch die Rede des Herrn v. Vincke vollständig mitgetheilt hat, und der Morning Herald sich vernehmen lassen, und in ähnlichem wohlmeinenden Sinne äußert sich das Court Journal über diese Angelegenheiten. Zwar will letzteres Blatt die preussischen Beamten nicht davon freisprechen, daß sie gegen Fremde sich herrischer und schroffer zeigen, als diese es bei sich zu Hause gewöhnt seien, aber das sei, fügt das Journal hinzu, nicht allein die Eigenheit der Preußen, nein, die französischen Beamten pflegen sich noch viel brüster und gebietischer, ja zuweilen sogar brutal zu benehmen. Um sich aber nicht einseitig zu zeigen, räumt das Court Journal auch ein, daß seine Landesleute selbst sehr viel Schuld daran trügen, wenn ihnen im Auslande so begegnet werde. Während der Fremde in England sich in der Regel sehr achtungsvoll benehme, habe eine gewisse Klasse von englischen Reisenden auf dem Kontinente die üble Gewohnheit, dem schon an sich hochmüthigen Nationalcharakter noch ein Extra-Ingredienz von Verachtung beizumischen, so wie sie ihren Fuß auf fremden Boden setze; überall gehe sie nur darauf aus, verächtliche Vergleichen anzustellen und dem Ausländer, wo möglich, durch irgend eine unverkennbare Art zu handeln oder zu sprechen ihre vermeintliche Superiorität begreiflich zu machen. Eine andere Gattung wieder sei der vor lustigen Uebermuth austobende Reisende, der sich für einen Monat Serien empanspiert habe und seine Tour mache, um allerlei Pöbel zu treiben. Endlich gebe es noch eine Klasse, die es sich völlig zum Vorzug mache, die Schicklichkeitsmaximen zu mißbrauchen, und die in den großen Hauptstädten in den exzentriscsten Sitten und Manieren erschiene. Da könne es denn nicht Wunder nehmen, wenn solche Arten von Reisenden sich Unannehmlichkeiten zuzögen und ihre verständigeren Landesleute in die Lage brächten mit für sie büßen zu müssen. Nach alledem kommt das Court Journal schließlich zu dem Resultate, daß der Bonner Vorfall über beide Theile eine Lehre sein sollte, aber nicht ein dauernder Anlaß der Entfremdung, ein vorübergehendes eheliches Schmolzen in der Allianz beider Staaten, aber kein Grund für sie, vor dem Scheidungsgericht der Nationen zu erscheinen.

[Tagesbericht.] Die Königin, der Prinz-Gemahl und die königliche Familie sind heute Nachmittags von Buckingham Palace nach Osborne abgereist, wo der König der Belgier und der Prinz Ludwig von Hessen dieser Tage erwartet werden. Fast sämtliche Minister haben die Hauptstadt verlassen. Gestern Nachmittags hatten der Earl von Egin bei Gelegenheit seiner Rückkehr aus Genua und Sir John Crampton vor seiner Rückkehr auf seinen Posten in Madrid eine Audienz bei Ihrer Majestät. Die Passiva wegen Geldverlegenheiten aus dem Unterhause ausgetretenen Herrn James betragen 90,000 Pfd. St. Er ist Junggeheile und seine Advokatenpraxis soll ihm an 10,000 Pfd. St. jährlich einbringen. Der Bau des Ausstellungsgebäudes macht rasche Fortschritte. Der Garantiefonds beträgt schon mehr als 400,000 Pfd. St. Von der belgischen Regierung ist die Anzeige eingetroffen, daß der Herzog von Brabant als Vorsitzender der belgischen Ausstellungscommission fungiren wird.

[Das britische Museum.] Die Kosten des britischen Museums sind im Regierungsbudget für das nächste Verwaltungsjahr mit 100,414 Pfd. St. veranschlagt worden (Beamtengehalte, Erhaltung der Baulichkeiten, Annehmlichkeiten etc.). Das Institut wächst riesenhaft und mit ihm auch die Zahl seiner Besucher. Während die naturhistorischen und Kunstsammlungen daselbst im Jahre 1855 von 334,089 Personen besucht worden waren, stieg die Zahl der Besucher in 1856 auf 361,714; in 1857 auf 621,034; in 1858 auf 519,565; in 1859 auf 517,895, und in 1860 auf 536,939. Der Lesesaal war im Jahre 1855 von 53,567, im vorigen Jahre von 127,763 Personen besucht worden. Durchschnit kommen per Tag 437 Leser, von denen jeder durchschnittlich 2 Bände benutzte. Vermehrt wurde die Bibliothek im vorigen Jahre um 20,949 Bände, Musikalien, Landkarten und Zeitungsabende mit eingerechnet, dazu an 900 Manuskripte. Die mineralogische, zoologische und geologische Sammlung hat einen Zuwachs von 45,250 Stück erhalten.

Frankreich.

Paris, 19. Mai. [Rundschreiben Persigny's an die Präfekten.] Der „Moniteur“ veröffentlicht heute folgendes Rundschreiben, welches der Minister des Innern, Persigny, unterm 13. d. an alle Präfekten erlassen hat: Die gerichtliche Verfolgung einer Broschüre der letzten Zeit hat eine Frage angeregt, auf die ich Ihre Aufmerksamkeit lenken muß. Man hat sich gefragt, ob bekannte oder landesverwiesene, folglich außerhalb des gemeinen Rechts stehende und jedem Rechtspruch entzogene Personen in Frankreich die Vergünstigung, etwas zu veröffentlichen, genießen, und sich dabei hinter Drucker und Verleger stecken können. In der Schrift, um die es sich handelt, lag ein so ausgeprägter Angriff auf unsere Staats-Einrichtungen, eine so offenkundige Aufregung zu Haß und Verachtung gegen die Regierung vor, daß der lobenswerthe Geist der Gerichtsbehörde, die aufrührerische Schrift zu verfolgen, von der Natur der Sache geboten war, und, einmal in Anspruch genommen, mußte das Recht freien Lauf haben. Aber Sie kennen, Herr Präfekt, die Schwierigkeiten solcher Verfolgungen. Einerseits kann der Verfasser durch Veröffentlichung

mehrerer Tausende von Exemplaren mit größter Leichtgläubigkeit Beleidigungen und Schmähungen gegen Personen und Sachen verbreiten, während andererseits er und die Seinigen durch die gerichtliche Beschlagnahme selbst gegen jede Antwort und Gegenbeschuldigung geschützt ist. So ist es gekommen, daß ein Vertreter selbst der Politik von 1840 an den Sieger von Solferino ungestraft hat die sonderbare Frage richten können: „Was haben Sie aus Frankreich gemacht?“ Immerhin ist anzunehmen, daß so klar eingestandene Ansprüche sich wiederholen, daß das gegebene Beispiel Nachfolge finden und daß die Regierung, welche Frankreich aus dem Abgrund gezogen hat, den Schmähungen eben jener Leute, welche Frankreich in den Abgrund haben stürzen lassen, von Neuem ausgehört sein wird. Bereits ist mir zur Kenntniß gekommen, daß Schriften derselben Art jetzt verbreitet werden, daß die Anstifter oder die Verfasser dieser kleinen Handstücke, jetzt gewitzigter, selbst in der Person des Druckers der Streuge des Gesetzes durch Redaktions- und Publikations-Künste zu entgehen sich schmeicheln und so durch die Lücken des Gesetzes ungestraft bis in das Herz unserer Staats-Einrichtungen einzudringen hoffen. Aber die Regierung kann nicht dulden, daß solche Skandale sich erneuern. Was mich betrifft, je mehr ich mich bemühe, dem freisinnigen Gedanken des 24. Nov. treu zu bleiben und die Freiheit der Bepredung zu begünstigen, um so mehr muß es auch meine Sorge sein, den Staat selbst gegen die Angriffe seiner Feinde zu verteidigen. Ich fordere Sie also auf, sorgfältig alle Publikationsversuche, welche im Namen von verbannten oder landesverwiesenen Personen gemacht werden, sorgfältig zu überwachen. Von welcher Art diese Publikationen auch sein, unter welcher Form sie auch auftreten mögen, als Bücher, Zeitungen, Broschüren, auf der Stelle werden Sie von Verwaltungswegen zur Beschlagnahme zu schreiten, mir unverzüglich Bericht zu erstatten und meine weiteren Weisungen zu erwarten haben. Empfangen Sie u. s. w.

Dieses Rundschreiben macht großes Aufsehen. Man war bis jetzt noch nicht im Klaren darüber, wie weit sich die Rechtsnachtheile erstrecken, die eine Verbannung nach sich ziehen. Es ist durch diese Verfügung konstatiert, daß überhaupt jede Publikation eines Verbannten irgend welcher Natur, beträfe sie auch den harmlosesten Gegenstand, von vornherein der Beschlagnahme unterliegt und nur durch besondere Verfügung des Ministeriums freigegeben werden kann. Es ist nun die Frage, ob, so lange nicht gewisse Kategorien von Berechtigung zur Mittheilung des Gedankens gesetzlich feststehen, die materiellen Nachtheile, welche einem Journale, einer Revue u. dergleichen durch die Veröffentlichung einer rein wissenschaftlichen Arbeit eines Verbannten in Frankreich entstehen können, nicht Verletzungen oder Beeinträchtigungen des Privateigenthums, Nichtverbannter nach sich ziehen, und ob die diskretionäre Verfügung des Ministers des Innern hierbei nicht in eventuellen Konflikt mit dem allgemeinen Recht der Franzosen gerathen kann.

[Tagesbericht.] Prinz Napoleon wird nächstens eine kleine Seereise unternehmen; doch begiebt er sich auf den Wunsch des Kaisers nicht an die italienische Küste, sondern wird verschiedene Häfen von Spanien und Portugal besuchen. Auf Antrag des Marineministeriums hat der Kaiser verfügt, daß dieses Jahr hundert Zöglinge, anstatt wie gewöhnlich sechszig, in die Marineschule aufgenommen werden sollen. Es ist aufgefallen, daß dieses Jahr das Lager von Chalons so spät eröffnet wird, um so mehr, als es hieß, die Truppen würden früher als gewöhnlich dort zusammenkommen. Es hing dies an einer Meinungsverschiedenheit über die Art der dort auszuführenden Manöver, die sich zwischen dem Kaiser und dem Marschall Mac Mahon erhoben hat. Der Kaiser nahm schließlich die Vorschläge Mac Mahons an. Louis Napoleon hat Herrn Billault einen Brief geschrieben, worin er demselben sehr viel Anerkenndes über die kürzlich von ihm im Senate gehaltenen Rede sagt. Vor einigen Tagen sind von hier aus etwa dreihundert Kesthe abgegangen, welche den verschiedenen maronitischen Kirchen des Libanon zum Geschenk gemacht werden sollen. Der persischen Regierung sind von hier aus gezogene Kanonen, Stechbüchsen, Pulver und sonstige Munition gegen Bezahlung verabsolgt worden. Der Ordnonanzoffizier des Vizeadmirals Charner, Schiffslieutenant Jaurès, der dieser Tage aus Kachindina angekommen ist, hat eine Audienz bei dem Kaiser gehabt und diesem wichtige, in Saigon vorgefundene Papiere überreicht. In den Deputirtenkreisen bildet sich mehr und mehr die Ansicht aus, daß die Regierung fest entschlossen sei, die Kammer aufzulösen, doch halte sie die Sache bis zum letzten Augenblicke geheim. Alles sei für die künftigen Wahlen insgeheim möglichst vorbereitet. Man werde plötzlich mit dem Auflösungsdekret hervortreten und die Neuwahlen für zwanzig Tage später, genau nach der gesetzlichen Vorschrift, aus schreiben, um den verschiedenen Oppositionsparteien keine Zeit für gehörige Agitation und eine Einigung zur Wahl zu lassen. Etwa 100 Deputirte, so berechnet man im gesetzgebenden Körper, würden diesmal ausbleiben, Regierungslandboten zu sein. Die Deputirten der katholischen Partei, etwa 30, wurden in diesem Winter nicht ein einziges Mal in die Tuilerien eingeladen, selbst die gemäßigten unter ihnen nicht, wie Herr v. Flavigny. Nach Art der militärischen Verdienstmedaille soll auch für die „Veteranen des Pflugs“ eine landwirtschaftliche Verdienstmedaille gestiftet werden und mit derselben eine Pension von 100 Fr. verknüpft sein.

Paris, 21. Mai. [Telegr.] Der heutige „Moniteur“ sagt: Mehrere italienische Journale haben ein Schreiben wieder abgedruckt, welches der Kaiser an den Prinzen Murat gerichtet haben soll. Obgleich der Kaiser den Brief, welchen sein Cousin vor einiger Zeit ohne seine Erlaubniß veröffentlicht, gemißbilligt hat, so hat derselbe dem Prinzen in keiner Weise seine Freundschaft entzogen.

Belgien.

Brüssel, 17. Mai. [Kammerdebatten; vom Hofe.] Die Kammer hat im Beginn ihrer heutigen Sitzung die am 1. Mai mit Frankreich abgeschlossene Schiffahrtsconvention einstimmig genehmigt und alsdann die Diskussion des Handelsvertrages begonnen. Der Minister des Auswärtigen eröffnete die Debatte durch eine längere Rede, in welcher er nachwies, daß der neue Vertrag alle die Zollreformen enthalte, welche das Land seit Langem erbeten und die Regierung zugesagt habe. Angegriffen wurde derselbe in Bezug auf Einzelheiten von zwei oder drei Mitgliedern, in seiner Tendenz aber nur von Herrn Dumortier, der sich nicht enthalten konnte, über die „hingeopferte“ Industrie der Papier- und der Zuckersfabrikation zu wehklagen. Die Kammer ist seit zehn Jahren daran gewöhnt, jedesmal, wo es sich um einen ökonomischen Fortschritt handelt, Herrn Dumortier mit Wehmuth die Schrecken der Zukunft enthüllen zu sehen. Der König und der Graf von Flandern werden sich in den nächsten Tagen nach London begeben. (R. 3.)

Schweiz.

Bern, 17. Mai. [Unterstützung der Glarner.] Die patriotische Theilnahme der Miteidgenossen am Unglücke der Glarner bewährt sich. So hat die Regierung von Bern beschlossen, vom

Großen Rathe eine Gabe von 20,000 Fr. zu verlangen, wovon 10,000 Fr. bereits abgegangen sind. Aargau's Regierung schickte ebenfalls 10,000 Fr. Dasselbe Beispiel wird von den Gemeindebehörden in großherziger Weise nachgeahmt, so daß in diesem Momente bereits Hunderttausende Francs baar gesammelt und Dugende von Wagen mit Kleidungsstücken, Lebensmitteln u. dergleichen der Städte grenzenlosen Glends abgegangen sind. (R. 3.)

Italien.

Turin, 20. Mai. [Telegr.] In der heutigen Sitzung der Deputirtenkammer erwiderte der Minister des Innern auf die Interpellation betreffs Neapels, daß wohl administrative Schwierigkeiten beständen, jedoch keine politische Gefahr vorhanden sei. Bei Unterdrückung der Räuberheere seit dem 6. April hätten die Piemontesen nur 30 Tode und Verwundete.

[Die bourbonischen Umtriebe; Bittschrift der Römer an den Kaiser Napoleon.] Aus Rom wird bestätigt, daß die französischen Militärbehörden in Folge gemessener Weisungen aus Paris eine große Thätigkeit entwickeln, um die reaktionären Umtriebe zur Beunruhigung der neapolitanischen Provinzen zu hintertreiben. Eine große Menge Waffen, welche nach jenen Provinzen befördert werden sollten, wurden durch die Dazwischenkunft der Franzosen mit Beschlag belegt. General Goyon machte dem König Franz II. energische Vorstellungen, derselbe ließ aber antworten, daß er für das, was seine Freunde thaten, nicht verantwortlich sei. Indessen hat man in Neapel und Umgegend Personen verhaftet, welche Befellungen und Verwaltungsbefehle nicht bloß von den Freunden des Königs, sondern von Franz II. eigenhändig unterschrieben, bei sich hatten. Man sagt auch, daß seine Agenten mehrere tausend rote Hemden bestellt hatten, um die bourbonischen Briganti als Garibaldianer zu verkleiden. Die Bittschrift an den Kaiser Napoleon um Zurückziehung der französischen Besatzung hat in Rom selbst mehr als 8000 Unterschriften erhalten und dies trotz der Wachsamkeit der römischen Polizei, die Alles ausbot, diesen Schritt zu hintertreiben. Das Volk übt seinen Wig in Spitznamen und nennt die Franzosen Vidoni (von ihrer Gemohnheit dis-donc zu sagen), die päpstlichen Truppen aber Soavi (die Süßen, statt Zuaven). (R. 3.)

Genua, 17. Mai. [Truppentransporte.] Am 15. d. Mts. wurden abermals zwei Regimenter nach Unteritalien eingeschifft. 200 fremde Soldaten, die in ihre Heimath entlassen werden, sind auf dem Dampfer „Monzambano“ aus Gaëta hier eingetroffen.

Rom, 8. Mai. [Petition der Römer an den Kaiser Napoleon.] Die Petition, welche die Römer durch Vermittlung des Generals Goyon und des Herzogs von Grammont an den Kaiser Napoleon III. gerichtet haben, lautet:

Sire! Die unterzeichneten Römer, welche mit Herz und Seele Italien angehören und mit Ungeduld den Augenblick erwarten, wo sie an den Gefahren und den Triumpfen der italienischen Einheit theilnehmen können, bitten Ew. Majestät unterthänigst, tragt der auf so edle und so großmüthige Weise ausgedrückten Grundzüge, welche in der an die Italiener gerichteten und von Mailand datirten Proclamation enthalten sind, Rom freie Hand über seine Geschicke zu lassen. Rom, welches gegen Frankreich aufrichtige Dankbarkeit empfindet, wird diese Wohlthat zu schätzen wissen; es wird eine Ehrensache daraus machen, den Bestreben der Wärsigung, der Disziplin und der Einigkeit, welche ihm die französische Armee gegeben hat, zu folgen. Die Lage, in welche die letzten Ereignisse die Hauptstadt der römischen Staaten gebracht haben, ist unerträglich. Handel und Industrie, welche sich unter der geistlichen Herrschaft schon in so leidigem Zustande befanden, liegen gänzlich darnieder und sind vollständig zu Grunde gerichtet; das Glend nimmt täglich zu, und das Uebermaß der Uebel wird unsehbar eine Katastrophe herbeiführen. In Erwartung einer der Bevölkerung günstigen Lösung bitten wir Ew. Majestät, Rom sich selbst zurückzugeben und es nicht von dem übrigen Italien zu trennen. (Sollten die Unterschriften.)

Die dem Herzog von Grammont überreichte Petition enthält folgenden Schlusssatz:

Wir bitten Ew. Majestät, Rom sich selbst zurückzugeben und es nicht von Italien, welches sich unter dem konstitutionellen Scepter Victor Emanuels, Königs von Italien, und seiner Nachkommen befindet, zu trennen.

Neapel, 16. Mai. [Regulirung des Klosterwesens.] Das Amtsblatt veröffentlicht eine Note des Kultusrathes, wonach am 26. Februar eine geheime Kommission ernannt wurde, um jene geistlichen Orden zu bezeichnen, welche fortzubestehen haben; nach erstattetem Berichte wird das Dekret über jene Klöster erlassen, welche nicht aufzuheben sind und mit dem Regulirungsvorschlag bezüglich der Kirchenkasse der Zentralregierung vorgelegt werden.

[Die reaktionären Umtriebe in Neapel.] Um die Piemontesen in Mißkredit zu bringen, waren am 12. Mai in Neapel überall Maueranschläge verbreitet worden, worin dem „Volke“ angekündigt ward, daß in Kurzem eine französische Division unter einem Marschall und ein englisches Korps einrücken werde, um Ruhe im Lande zu stiften. Diese Maueranschläge wurden von der Polizei abgerissen, und eine Zeitung, die sich zum Organ dieser Erfindungen gemacht, wurde mit Beschlag belegt. Den „Nationalität“ wird aus Neapel vom 17. Mai telegraphirt: Die Polizei hat bei einem gewissen Hauptmann der bourbonischen Armee eine Summe von 100,000 Ducati mit Beschlag belegt, welche zur Betreibung von Reaktionsunternehmungen bestimmt waren. Bei Sterna wurden geraubte Gegenstände aufgefunden, welche von Plünderungen bourbonischer Soldaten herrührten.

Spanien.

Madrid, 16. Mai. [Kleine Notizen.] Die „Correspondencia“ meldet, daß es nicht wahr sei, wenn behauptet worden, England mische sich in die marokkanische Angelegenheit; es liege auch nicht der mindeste Grund vor, mit Marokko neue Handelverträge zu schließen. Der „Correspondencia“ zufolge hat das in Algerien vereinigte spanische Geschwader Befehl erhalten, die afrikanische Küste zum Uebungsplatze zu wählen und sich daselbst hauptsächlich im Mörferschießen zu üben. Wie die „Correspondencia“ berichtet, werden auf San Domingo sofort Telegraphenlinien gelegt und Landstraßen gebaut.

Dänemark.

Kopenhagen, 16. Mai. [Die Kirchenverfassung; politische Flugblätter; Militärinspektionen.] Nach einer Mittheilung der „Berlingschen Zeitung“ ist es nicht die Absicht des Kultusministers, dem nächsten Reichstage einen Gesetzesvorschlag über die Kirchenverfassung vorzulegen. Es ist hier kürzlich eine kleine Broschüre von Eschering erschienen. Es ist in derselben der wesentliche Inhalt eines Vortrages wiedergegeben,

welchen Eschering, auf den Wunsch seiner Freunde, vor einem zahlreichen Publikum hielt und worin er sein politisches „Credo“ niederlegte. Er wiederholt den Inhalt am Schlusse des Buchleins so: Keine Erneuerung Schleswig-Holsteins, keine Incorporation Schleswigs in Dänemark, kein Sprachzwang in Schleswig, kein Eingriff in die völkerrrechtlichen Verpflichtungen des Monarchen mit Beziehung auf Holstein und Lauenburg. — Im Laufe dieses Monats werden sämtliche Kavallerie- und Infanterieabtheilungen der üblichen Inspektion unterzogen. Prinz Christian hat bereits die beiden auf Seeland stationirten Kavallerieregimenter, das Gardebataillon und das 2. Dragonerregiment inspiziert, und der Generalinspektor der Infanterie ist mit der Inspektion dieser Waffe in Jütland, Schleswig und Holstein beschäftigt, wobei er wegen der großen Menge der Infanterieabtheilungen theils von den Brigadeführern General du Plat, Oberst Branner und Oberst Wilster, theils von einigen zur Disposition gestellten höheren Offizieren, wie Oberst Bett und Oberst Staggemeyer unterstützt wird.

Türkei.

Konstantinopel, 8. Mai. [Anzufriedenheit in den Provinzen.] Das „Journal de Constantinople“ giebt zu, daß die Nachrichten aus Montenegro betrübend sind. Omer Pascha rüfete sich zum Abgange nach Mostar, wo er die serbische Grenze inspizieren will. Privatbriefe sagen, die Pforte werfe dem Fürsten von Serbien vor, er schüre die Unzufriedenheit und Isterie ihr Waffen. Omer Pascha hat die Weisung, die Christen zu entwaffnen. Bosnien ist noch ruhig, aber es wird stark bearbeitet. In den Provinzen verweigert man die Annahme des neuen Papiergeldes, das in Konstantinopel selbst nur halben Werth hat. Die Noth und Verzweiflung sind im Steigen; Brandbriefe in türkischer Sprache gegen den Sultan sind an die Mauern geschlagen worden. Die Regierung wird darin als „Dieb“, die Geislichkeit als „seig und ruchlos“ bezeichnet. Zwischen Griechen und Bulgaren haben beim Osterfeste blutige Händel stattgefunden, doch hat die Pforte diese Unruhen unterdrückt.

Konstantinopel, 16. Mai. [Telegr. Notizen.] Omer Pascha ist nun wirklich nach Bosnien abgereist (s. Nr. 114). Er hat eine versöhnliche Proklamation bei sich, welche Verminderung der Steuern, Erlass der Rückstände, freie Wahl der Gemeinderäthe verheißt und den Christen das Glockenläuten gestattet. — Eine Feuersbrunst zerstörte 250 Häuser. — Halim Pascha, Bruder des Vizekönigs von Egypten, ist hier angekommen. — Lord Hobart und Herr Foster, mit einer Mission der englischen Regierung, die türkischen Finanzen betreffend, betraut, werden hier erwartet. — In Smyrna ist der römisch-katholische Erzbischof Mussabint gestorben.

Asien.

China. — [Die Rebellen.] Bekanntlich haben die Engländer gegenwärtig eine Expedition den Yang-tse-kiang hinauf unternommen. Ein Mitglied derselben entwirft in einem an Lord Elgin gerichteten Schreiben folgende Schilderung von den Rebellen und von der Stadt Nanjing: „Wir haben uns eine Woche lang in Nanjing aufgehalten, das von den jetzigen Besitzern, den Rebellen, Tienking, d. h. himmlische Hauptstadt, genannt wird. Die Rebellenführer thaten alles Mögliche, sich uns gefällig zu erweisen und unsre Freundschaft zu gewinnen. Sie thun aber gar nichts, um den Verkehr zu fördern, ausgenommen allein den Handel in Schießwaffen und Pulver. Auch Dampfmaschinen möchten sie gern kaufen, und sie versichern, wenn sie erst ihre Herrschaft besitzig hätten, wollten sie gern den Handelsverkehr fördern. Thatsache aber ist, daß sie vor der Hand von Mültern leben und, so lange dies geht, schwerlich etwas Anderes treiben werden. Ihre Verhältnisse sind besser, als wir erwartet hatten. Sie sind ausgezeichnet gut gekleidet und genährt. Die Bevölkerung von Nanjing schätze ich nicht über 20,000 Einwohner, denn gegenwärtig werden nur Beamte oder Soldaten in die Stadt zugelassen, und außer diesen nur Sklaven oder Gefangene aus allen Enden des Landes und Frauenzimmer, die meist sehr hübsch und luxuriös in Seide gekleidet sind. Die innere Stadt sammt dem größten Theile der Vorstädte mit den schönen alten Grabmälern der Ming-Dynastie und der berühmten Porzellanpagode liegen in Trümmern. Die sehr hohen Stadtmauern haben einen Umfang von 21 englischen Meilen, doch sind die früher wohlgeplastert gewesenen breiten Straßen nur noch Wege inmitten endloser Ziegelhaufen. Der Dienwang bewohnt einen weitläufigen Palast mit seinen 68 Frauen und 300 weiblichen Dienern. Nur die Könige dürfen ihn schauen, und seine Person wird heilig gehalten. Doch darf man durchaus nicht glauben, daß er eine bloße Puppe sei, denn er allein leitet die ganze Bewegung. Sonst giebt es noch 10 oder 11 Könige, von denen aber nur 2 in Nanjing anwesend waren. Die Disziplin ist so gut und vielleicht noch besser, als bei den Kaiserlichen. Von den Königen spricht kein einziger den Mandarinendialekt, und mit Ausnahme Tienwangs, der einige Zeit in Hongkong gelebt hat, besitzt keiner von ihnen mehr Bildung, als der gemeinste Kassträger. Ihre Waffen sind herzlich schlecht, und daß sie den Kaiserlichen die Spitze bieten können, beweist nur, wie schlecht es mit der Regierung steht. Sie halten jetzt die ganze Umgegend von Nanjing besetzt, und die Kaiserlichen stehen nicht näher als Kwatsch, während sie mit nur einzigem Muth der Hauptstadt doch sehr leicht Herr werden könnten. Nanjing ist ebenfalls in den Händen der Rebellen, doch sind sie dort so eng eingeschlossen, daß sie, um Lebensmittel zu bekommen, einen starken Ausfall machen und eine große Schlacht werden wagen müssen, von deren Ausgang viel abhängt. Gutes ist von dieser Rebellion nicht zu erwarten. Kein anständiger Chinese schließt sich ihr an. Sie thun nichts als morden, sengen und verwüsten, machen sich überall verhaßt und betrachten Beutemachen als ihren einzigen Zweck.“

Amerika.

Newyork, 5. Mai. [Baltimore; die Grenzstaaten etc.] In Baltimore herrscht Ruhe. Fort Madison, ein Erdwerk, welches die Stadt und den Hafen beherrscht, befindet sich im Besitze der Regierungstruppen. Der Dampfer „Maryland“ hat dort Truppen aus Massachusetts ans Land gesetzt und ist dann wieder abgefahren. — Die Nachrichten aus Richmond sind ruhig. Es soll dort in Folge der Energie der Washingtoner Regierung und der unvorhofften Einigkeit des Nordens nicht wenig Besorgniß herrschen. Es heißt daselbst, Präsident Davis habe die Gouverneure der der Regierung feindlich gesinnten Grenzstaaten zu einer Konferenz nach

Montgomery geladen, wo ein gemeinsamer Feldzugsplan berathen werden soll. Die Konservativen in Richmond wollen einen Waffenstillstand, um eine Vermittelung möglich zu machen, und mehrere einflußreiche Personen in Virginia, Maryland, Kentucky und Tennessee arbeiten ernstlich zu Gunsten dieses Planes. Die Legislatur von Virginia hat sich vom 1. d. bis zum 12. Juni vertagt, und bis dahin hofft man die Lösung durch die Stimmenabgabe vollendet zu sehen. Die Regierung ist mittlerweile berechtigt, die Legislatur auch früher einzuberufen, wenn es ihr nothwendig erscheinen sollte. — In Washington will man als zuverlässig wissen, daß bei Harpers Ferry bloß 1500 Virginier stehen, und auch diese nur nothdürftig bewaffnet und ohne Proviant. Eine Deputation aus Kentucky hatte gestern bei Lincoln Audienz, um ihm aus dem Westen des Staates zwei Regimenter Freiwillige anzubieten, obgleich der Gouverneur die Stellung von Truppen verweigert hatte.

Vom Landtage.
Haus der Abgeordneten.

— Aus dem Bericht der Militärkommission des Abgeordnetenhauses heben wir aus der Spezialprüfung der einzelnen Positionen Folgendes hervor:

Die für die neue Stelle eines Divisions-Kommandeurs der Garde-Kavallerie im zweiten Semester d. J. ausgeworfenen 2700 Thlr. streicht die Kommission, da keine Rücksicht auf die Schlagfertigkeit der Armee verlegt werden würde, wenn man die beiden dem Garde-Korps zugetheilten neuen Kavallerie-Regimenter anderen Armeekorps des Zentrums überwiesen hätte, wodurch eine Verstärkung der Garde-Kavallerie auf 8 Regimenter, die als Motiv für die neue Stelle eines Divisions-Kommandeurs anzusehen ist, vermieden werden könnte. In der Anordnung, daß die Kommandeure der 4 neu errichteten Garde-Infanterie-Regimenter nach dem Spezialetat ohne Rücksicht auf ihre Anciennität das hohe Gehalt der Regiments-Kommandeure mit 2500 Thlr. erhielten, während bei der Linie nur 40 Regiments-Kommandeure jenes höhere Gehalt, die 32 jüngeren Kommandeure aber nur das Gehalt von 2250 Thlr. erhielten, fand man in der Kommission, eine ungerechtfertigte Begünstigung der Garde, welche in mehrfacher Beziehung unzutraglichkeiten mit sich führe; es werde dadurch eine gewisse Missetimmung in der Linie erregt, und es könne vorkommen, daß in derselben Garnison der ältere Kommandeur ein geringeres Gehalt als der jüngere beziehe. Die prinzipielle Frage der Garde ist auch dabei berührt; der Kriegsminister hat sich aber, auf die prinzipiellen Bedenken nicht eingelassen, weil sie im vergangenen Jahre genügend erörtert wären, und Niemand die Befugniß bestreite, daß gewisse Regimenter als Garde bezeichnet würden. Der Umstand, daß die Garderegimenter in theuren Orten garnisoniren, ist für die Ablehnung des auf Streichung jenes höheren Gehalts gerichteten Antrags entscheidend gewesen. — Ein weiterer Antrag in Betreff der Garde-Infanterie ist gewesen, daß der höhere Etat der Mannschaften bei den 4 alten Garderegimenten (das erste Garderegiment zu Fuß, als ein besonderes privilegiertes Korps wolle man dabei unberührt lassen) aufhören möge, und auf den der übrigen Infanterieregimenter herabgesetzt werde, es ergebe sich dadurch für das zweite Semester eine Ersparniß von ca. 135,000 Thln. Dem entgegengetretend wies der Kriegsminister darauf hin, daß die Garderegimenter wegen ihres höheren Etats auch alljährlich so viel Rekruten mehr einstellten; wolle man nun die Zahl der auszubildenden Mannschaften nicht herabsetzen, so würde die Nothwendigkeit der Errichtung neuer Kadres eintreten. Der Finanzminister hat hervorgehoben, die Kommission könne auf eine Beschlußfassung über den Antrag nicht füglich eingehen, weil die größere Stärke der Gardebataillone bei der Verabreichung des Etats der laufenden Verwaltung bereits genehmigt sei. Die Kommission hat beschlossen, diesen Gegenstand für jetzt zu übergehen. — Ferner soll nach den jetzt vorgelegten Spezialetats jedes Infanterieregiment wieder einen fünften Stabsoffizier erhalten, während derselbe in dem im vorigen Jahre vorgelegten Etat, sowohl für die Uebergangsperiode, als für die vollendete Reorganisation fehlte. Der Kriegsminister hat auf Befragen erklärt, man habe sich für Beibehaltung der fünften Stabsoffiziere entschieden, weil ohne dieselben die Avancementverhältnisse bei der Infanterie sich in Vergleich zu den früheren sehr nachtheilig gestalten würden, und weil man Stabsoffiziere für die Landwehr brauche, die im Unterschied von dem vorjährigen Plane als mobile Feldtruppe ins Auge gefaßt sei, deren Schlagfertigkeit man durch Beibehaltung der fünften Stabsoffiziere verringern werde, welche durch die gegenwärtig bei den Landwehrbataillonen befindlichen Stabsoffiziere nicht ersetzt werden könnten; überwiegend seien dies pensionirte Offiziere, von denen die meisten nicht kriegsfähig seien und daher als Bezirkskommandanten im Falle der Mobilmachung zu bleiben müßten. Nach Ansicht mehrerer Kommissionmitglieder wird aber, mit der Durchführung des Reorganisationsplanes von einer mobilen Landwehr bei den Feldtruppen nicht mehr die Rede sein, und es ist deshalb die Abhebung der neu errichteten 45 Stellen dieser Art beantragt; indeß gegen 7 Stimmen abgelehnt. — Ueber einen ferneren Antrag, den Winteretat der Infanterie um 40,000 Mann vom 1. Oktober c. ab zu verringern, was für die zwei Monate November und Dezember, da für den Monat Oktober die Herabsetzung des Etats bereits durch die angeordnete spätere Einstellung der Rekruten erreicht sei, eine Ersparniß von ca. einer halben Million herbeiführen würde, hat sich eine längere Debatte erhoben. Der Kriegsminister und sein Kommissar widerprechen dem Antrage, der die Einführung einer 2 1/2-jährigen Dienstzeit bezwecke, da die Herabsetzung des Etats um 40,000 Mann der Zahl der einzustellenden Rekruten ziemlich gleichkomme, und in dieser Beziehung müsse man sich auf die im vorigen Jahre gegen die Verfüzung der Dienstzeit entwickelten Gründe berufen. Man habe den Versuch mit Frühjahrsentstellungen gemacht, derselbe hätte sich aber als unzweckmäßig erwiesen. Vessäftig habe man zur möglichsten Verwirklichung der allgemeinen Wehrpflicht Leute nach 2jähriger, ja noch nicht voll 2jähriger Dienstzeit entlassen. Trete die vorgeschlagene Reduktion ein, so behalte man theils nur einjährige Leute bei den Fahnen, theils reduziere man die Dienstzeit auf 1 1/2 Jahr, und insofern enthalte der Antrag auch einen Angriff auf das ganze System der Regierung, die übrigens schon auf die möglichen Ersparnisse denke, und deshalb eine Verfüzung der Dienstzeit um 6 Wochen eintreten lasse. Gegen eine weitere Beschränkung derselben müsse man sich für jetzt wenigstens entschieden erklären. In Bezug auf die Rücksticht der Sparsamkeit hat der Finanzminister hervorgehoben, die Kräfte des Landes reichen zur Erhaltung des jetzt Bestehenden hin; für die günstige Finanzlage spreche der Umstand, daß bei einer Einnahme von 29 Millionen aus den direkten Steuern sich 1860 nur ein unzulänglicher Betrag von 9000 Thln. ergeben habe; ein momentanes Defizit sei fast bei jeder großen Reorganisation unvermeidlich und habe z. B. bei der Reorganisation stattgehabt; für die ganze Reorganisation bedürfe man freilich mehr, als jetzt verlangt werde; erst wenn das nicht zu beschaffen sei, trete die Frage auf, ob die Dienstzeit verkürzt werden müsse. Für den Antrag ist geltend gemacht, es handle sich nicht um die Prinzipfrage der kürzeren oder längeren Dienstzeit, sondern um eine temporäre Etatsverminderung aus finanziellen Rücksichten; wenn aus finanziellen Rücksichten in einem einzelnen Fall ein Jahrsbetrag mit einer zweijährigen Dienstzeit entlassen werde, sei das in keiner Weise ein Angriff auf das bestehende System, und die Schlagfertigkeit und Kriegsbereitschaft der Armee im Ganzen und Großen werde dadurch gewiß nicht als beeinträchtigt betrachtet werden können. Der günstigen Auffassung des Finanzministers von der finanziellen Lage des Landes, müsse man wiederholt entgegengetreten; nicht um ein momentanes Defizit handle es sich, sondern um ein Defizit, welches voraussichtlich noch in einem Dezennium nicht verschwinden würde. Der aus dem regelmäßigen Eingänge der direkten Steuern gezogene Erlös könne mit Recht angezweifelt werden; das an sich erfreuliche Resultat verdanke man gewiß wesentlich dem ordnungsliebenden haushälterischen Sinne der Bevölkerung, der bisher durch eine streng geordnete Finanzverwaltung auch Seitens des Staats geweckt und genährt worden sei; man möge sich wohl hüten, diese glückliche Wechselwirkung zu stören. Der vorstehende Antrag (Abhebung von nahe einer halben Million) ist darauf angenommen. — Bei den Verhandlungen über die Landwehrkavallerie hat der Kriegsminister erklärt: die Regierung bleibe allerdings bei ihrem Plan, die Landwehrkavallerie zu besetzen; sie habe zu diesem Zweck die Verstärkung der leichten Kavallerieregimenter auf 6 Schwadronen in Aussicht genommen, und mit Errichtung von 8 solchen in diesem Jahre begonnen, weil die Landwehrkavallerie in Rheinland und Westfalen schlechterdings nicht zu erhalten gewesen sei; im Jahre 1862 sollten wieder zwei Schwadronen errichtet und dadurch vier Landwehr-Kavallerieregimenter erledigt werden; für die östlichen Provinzen werde sonach ein successives Eingehen der Landwehrkavallerie stattfinden. Nur zu Festungsbesatzungen werde dieselbe bestehen bleiben. — Anträge auf Verminderung einzelner Posten,

welche die Zahl der Kavallerie betreffen, sind abgelehnt worden; an den Gehalt der Kommandeure ist gepart. Bei der Landwehr ist angeregt, daß der etatsmäßigen Stabsoffiziere bei den Infanterieregimentern, die zu Kommandeuren der Landwehrbataillone bestimmt seien, dies Kommando bereits im Frieden zu geben sei, da sie bei den Infanterieregimentern sehr tüchtig entbehrt werden könnten; es würde dadurch die verlangte Zulage und der Servis für pensionirte Offiziere erspart werden. Troß des Widerpruchs des Kriegsministers ist die Abhebung der betreffenden 15,550 Thlr. beschlossen.

— Der von den Ministern v. Patow, v. Bethmann-Hollweg und Graf Schwerin gemäß des Artikels 2 des Gesetzes vom 13. Juni 1851 über die Unterhaltung u. der oberclassischen Typhuswaisen für das Jahr 1860 aufgestellten, den beiden Häusern des Landtags mitgetheilten Denkschrift entnehmen wir Folgendes: Am Schlusse des vorigen Jahres befanden sich in den katholischen landwirthschaftlichen Anstalten 109 Waisen (56 Mädchen, 53 Knaben), in den evangelischen Anstalten 5 Waisen (2 Mädchen, 3 Knaben), bei Familien in Niederhessen 100 Waisen (95 katholische, 4 evangelische, 1 jüdische), überhaupt noch 214 Waisen, also 130 weniger als im Jahre 1859. Diese Verminderung entstand durch den Abgang von 126 Kindern, welche das 16. Lebensjahr vollendet hatten, durch den Tod von 3 Waisen und vorzeitige Entlassung eines wegen Brandstiftung zu 1 Jahr Gefängniß verurtheilten Waisennachwachsens. Der Abgang dieser Waisen hat es möglich gemacht, die Waisenanstalt zu Schwalmwig am 1. Juli v. J. aufzulösen. An Erziehungsgeldern, auf deren Bezug die Pflegerkassen vom Besten der Waisen verzichtet haben, waren ultimo 1860 in den Sparkassen 22,126 Thaler angelegt. Hiervon sind 17,743 Thaler an die Vormündschaftsgerichte ad depositum oder als Lehrgelder für Waisen, welche Handwerke erlernen, gezahlt, so daß 4383 Thaler in den Sparkassen verblieben sind. Der Typhus-Waisensfonds hat in den Jahren 1851—60 im Ganzen 668,668 Thaler Einnahme und 664,699 Thaler Ausgabe gehabt und mithin sich 3969 Thaler im Bestande. Von den nach dem Gesetz vom 13. Juni 1851 zur Typhus-Waisenanzahlung bestimmten 600,000 Thalern sind bis Ende vorigen Jahres 556,835 Thaler verausgabt worden. Es bleiben mithin vom 1. Jan. d. J. ab 43,165 Thaler verfügbar und am Ende der Erziehungsperiode treten dem dann vorhandenen Bestande die Erlöse aus der Verwerthung des sonstigen Eigenthums des Waisensfonds hinzu.

Militärzeitung.

Oesterreich. [Auflösung des Flotillenkorps; Veranziehung der Privatindustrie zur Ausrüstung der Truppen; Verzüge der Schießwolle mit dem Infanteriegewehr.] Durch kaiserliche Entschliesung vom 28. v. M. ist die Auflösung des auf der Donau und in den Lagunen bisher bestandenen Flotillenkorps, die Einverleibung der Mannschaften desselben in das Matrosenkorps, wie die Reorganisation des Letzteren bestimmt worden. Dieses wird unter das Kommando eines Obersten gestellt und aus zwei Matrosendepots, jedes zu sieben Kompagnien, bestehen. Das Kommando des ersten Depots wird in Pola, jenes das zweite in Venedig stationirt sein. Das letztere detachirt zwei Kompagnien nach Peschiera und eine Kompagnie nach Veszty, zur Lemannung für den Gardasee und die Donauboote. Die 6. Kompagnie stellt das für Castelnovo und Bissa, die 7. das für Triest, die 13. das für Mantua nötige Matrosendetaichement. Die Adjutirung der Offiziere des Matrosenkorps, welche letzteren im Gegenlage zu den Seeoffizieren „Matrosenkorps-Offiziere“ heißen werden, ist der für die Offiziere des Marine-Infanterieregiments vorgeschriebenen gleich. Mit dem 15. Mai d. J. wird das Flotillenkorps aufgelöst und mit dem darauf folgenden Tage das Matrosenkorps reorganisiert sein. Die Geschäfte des bisherigen Flotillenkorps-Kommandos gehen an das See-Bezirkskommando in Venedig über; anstatt der Donau- und Gardasee-Flotillenkommanden werden in Peschiera und Veszty Marine-Stationenkommanden freit, welchen derselbe Wirkungskreis zugewiesen wird, wie ihn die bisherigen Flotillenkommanden hatten. Diese Marine-Stationenkommanden werden von See-Stationsoffizieren geführt, welche direkt dem Seebezirkskommando von Venedig unterstehen. — Für die Montirung und Ausrüstung der österreichischen Armee, welche bisher ausschließlich entweder durch besondere Montur-Kommissionen oder auf den hierzu eingerichteten Staatsanstalten beschafft wurden, soll jetzt, zunächst jedoch nur vorläufig, die Privatindustrie mit herangezogen werden und sind bereits Bestellungen auf 10,000 fertige Monturen für deutsche und ebensoviele für ungarische Infanterie, 2000 Garnituren Mannesrüstungsarten (3), 600 Garnituren Pferderüstungsarten, 25,000 Garnituren Bettelinen auf das laufende Verwaltungsjahr bis Oktober 1862 abgeschlossen worden. — Nach der österreichischen „Militärzeitung“, welche freilich der Schießwolle außerordentlich das Wort redet, während beinahe alle andern Nachrichten sich zweifelnd oder mißbilligend über dieses Präparat auslassen, werden seit einiger Zeit auch Versuche mit dem genannten Stoff aus dem Infanteriegewehr und den Jägerstüben angestellt und in der Woche dreimal fortgesetzt, und sollen diese Versuche namentlich mit dem Gewehr bisher ein außerordentliches Ergebnis geliefert haben. Der Schuß ist sicherer, fügt die genannte Zeitung hinzu, auch kann bedeutend rascher geschossen werden, was daher kommt, daß die Patrone nur in den Lauf eingelassen wird, ohne dabei den Ladestock berühren zu müssen. Bei den Versuchen wurden in 9 1/2 Minuten 50 Schuß gethan. Beim Jägerstüben ist wegen Kürze des Laufs desselben eine günstige Resultat jedoch noch nicht ganz erzielt worden. Die Patronen sind übrigens noch bedeutend leichter und wird statt der früheren Ladung von 54 Gramm Pulver nur 8 Gramm Schießbaumwolle in Anwendung gebracht.

[Ausbehnung und Betriebskraft des französischen Eisenbahnenetzes.] In einem Artikel der deutschen „Eisenbahnzeitung“ wird auf die ungeheure militärische Bedeutung und das Uebergewicht hierin des französischen gegen das deutsche Eisenbahnenetz hingewiesen. Bereits 1858 befanden sich in ersterem 6700 Kilometer Eisenbahnen (gegen nur 4900 deutsche), alle mit gleicher Spurweite, alle nach einem die Militäraufgabe zunächst berücksichtigenden zusammenhängenden System angelegt, im Betriebe. Die Sitzplätze in den sämtlichen Personenzügen dieser Bahnen dürften damals schon auf über 150,000 angenommen werden. Die Distanz für sich allein besaß einen Güterwaggonpark von gegen 800,000 Zentner Ladefähigkeit und eine Zugkraft von 360 Lokomotiven, konnte also 1858 schon, wenn man alle ihre Betriebsmittel zu diesem Zweck vereinigt denkt, eine Armee von circa 100,000 Mann in den gewöhnlichen Verhältnisszahlen der Artillerie, Infanterie und Kavallerie mit allen Geschützen, Verspannungen, Reitpferden, Gepäck und Zubehör auf einmal im etwa 250 hinter einander herlaufenden Zügen, also beliebig weit befördernd gegenwärtig natürlich ungleich mehr. Eine zweite, nach Befinden ebenfalls starke Armee wäre in den Stand gesetzt, zu gleicher Zeit und gleich schnell über Lager von Chalons an den Rhein zu verlegen, denn Betriebsmittel sind von den zahlreichen südlichen Bahnstrecken in hinreichender Menge zu acquiriten. —

lokales und Provinzielles.

Posen, 22. Mai. [Gnadengeschenk.] Die Schubarmermeister Brehm'schen Eheleute, die am 6. März d. J. ihre goldene Hochzeit feierten (s. Nr. 56), haben noch nachträglich durch die Munizipal-Gr. Maj. des Königs ein Gnadengeschenk von 10 Thln. erhalten, welches ihnen gestern durch das Pfarramt der Neustädtischen Gemeinde eingehändigt worden ist.

[Fahrmärkteverlegung.] Der nach dem Kalender in der Stadt Rynarzewo auf den 10. Juni d. J. anberaumte Jahrmarkt ist auf den 17. desselben Monats verlegt.

[Präparandenprüfung.] Im hiesigen katholischen Schullehrerseminar fand in der vergangenen Woche die Präparandenprüfung statt. Es hatten sich 74 junge Leute zur Aufnahme gemeldet und wurden von diesen 22 aufgenommen. Einerseits gestattet die beschränkte Räumlichkeit der Anstalt nicht die Aufnahme einer größeren Zahl; außerdem ist aber auch gegenwärtig kein Mangel an kath. Schulamtskandidaten. Von den vorjährig Entlassenen sind noch mehrere ohne öffentliche Anstellung und schon werden beide Seminare der Provinz bei der zu Johannis stattfindenden Prüfung etwa 40 neue Kandidaten entlassen. Ein erfreuliches Merkmal in der Ausbildung der Präparanden war auch dieses Mal nicht zu verkennen; Viele brachten hinreichendes Material mit. Weniger genügen im Allgemeinen die formelle Durchbildung und die Leistungen in der Musik. Es ist kaum zu begreifen, wie Lehrer noch immer Präparanden ins Seminar schicken können, welche in (Fortsetzung in der Beilage.)

der Musik nur höchst mangelhafte oder gar keine Kenntnisse und Fertigkeiten besitzen.

[Beschlagnahme.] Die bei A. Schmädick in Grätz gedruckte, den Verfasser nicht nennende Schrift: „Język polski w W. X. Poznańskiem w obec prawa Pruskiego“ (Die polnische Sprache im Großherzogthum Polen den preussischen Gesetzen gegenüber) ist auf Veranlassung der Staatsanwaltschaft vorläufig in Beschlag genommen und die Beschlagnahme durch Beschluß des k. Obertribunals vom 26. April d. J. aufrecht erhalten worden.

[Wiesmärkte in Posen.] Mit Genehmigung des Oberpräsidenten der Provinz Posen werden in diesem Jahre in der Stadt Posen außer den mit den Krammärkten verbundenen, noch zwei, mit den Wochenmärkten zu verbindende Viehmärkte, und zwar am 4. Juni und 5. November abgehalten.

[Erledigte Schultelle.] Die dritte jüdische Schullehrerstelle zu Rogasen wird zum 1. Juli d. J. erledigt. Der Schulvorstand hat das Präsentationsrecht.

[Tollwuth.] Unter dem Rindvieh in Rogasen (Kr. Bognowitz) ist die Tollwuth ausgebrochen, weshalb für diesen Ort und seine Feldmark die gesetzlichen Spermaabregeln ausgeführt sind.

S — [Theater.] Die Eröffnung der Vorstellungen auf dem Sommertheater, ursprünglich auf Sonnabend den 18. d. bestimmt, hat in Folge der höchst ungünstigen, rauhen Witterung, die den Abendaufenthalt im Freien vorläufig noch auf einige Zeit unmöglich machen dürfte, verschoben werden müssen. Die Direktion hat nun, um die vorhandenen Kräfte, mit Einschluß der neuen, meist von wohlrenommirten Bühnen her engagirten Mitglieder, nicht brach liegen zu lassen, an den Pfingstfeiertagen Vorstellungen im Stadttheater gegeben, die indeß keineswegs in dem Maße besucht gewesen sind, als sich wohl hätte erwarten lassen. Unser Publikum gehört auch zu denen, die im Sommer nur bei außerordentlichen Gelegenheiten das Stadttheater besuchen. Die Vorstellungen der Saison wurden mit dem Birch-Pfeifferschen Schauspiel: „Der Goldbauer“ eröffnet, das, hier neu, auch unser Theaterpublikum sehr angeprochen haben soll (wir sind durch fortdauerndes Unwohlsein noch am Theaterbesuch gehindert), und diese Theilnahme verdient, da es unbedenklich zu den besseren Produkten der fruchtbaren Verfasserin gehört und die hiesige Darstellung als eine recht zufriedenstellende gelobt wird. Die Direktion hat übrigens zu den aus dem Personal der Winteraison in die jetzige übergegangenem, meist gern gesehenen Mitgliedern noch eine Anzahl neuer, wahrscheinlich auf Gefallen oder Mißgefallen (um den technischen Ausdruck zu gebrauchen) engagirt, nämlich Fel. Luisse Müller vom Düsseldorfer Stadttheater, als muntere Liebhaberin, Fräul. Ewald vom Danziger Stadttheater für zweite und dritte Partien, Fel. Karzmann vom deutschen Hoftheater in Petersburg als jugendliche

Liebhaberin, und die Herren Walter-Trost vom Thalia-theater in Hamburg für Charakterrollen, Wittmann vom Königsberger Stadttheater als ersten Liebhaber, Strömer vom Stadttheater zu Dmütz für Bäterrollen und Schröder (Schüler des Prof. Köstler in Berlin) von Callenbach's Theater für zweite Liebhaberrollen. Wir wollen hoffen, daß die vorhandenen Kräfte in der Gesamtheit wie im Einzelnen sich tüchtig und genügend erweisen und die Gunst der Theaterfreunde durch Fleiß und frisches Streben unter umsichtiger und verständiger Leitung sich erwerben werden. — Vielleicht tritt auch an ein Paar Abenden der hier von früheren Gastspielen her so beliebte k. russische Hofkapellier Herr Theodor Lobe als Gast auf, der in den nächsten Tagen von Petersburg hier eintreffen dürfte, um einem ehrenvollen Rufe zu erneuertem Gastspiele nach Wien zu folgen. Wie überaus beliebt derselbe in Petersburg ist, beweiset wohl am Besten sein dort vor Kurzem stattgehabtes Benefiz, bei welchem sein Antheil an der Einnahme sich auf 1080 Rubel Silber belief, kostbare Geschenke von Kunstfreunden u. ungerechnet. Da lohnt sich doch noch eine Benefizvorstellung!

Neustadt b. P., 21. Mai. [Pfingstfieber; Witterung; Versicherung gegen Hagelbeschlag.] Nachdem die Schützen gestern Vormittags Kirchenparade abgehalten, zogen sie Nachmittags unter klingendem Spiel nach dem Schützenplatze. Trotz des ungünstigen Wetters war die Betheiligung des Publikums ziemlich zahlreich. Zu bedauern ist, daß so wenig für die Verschönerung des geräumigen Schützenplatzes gethan wird. Die Schützengilde, durchweg hübsch uniformirt, hat trotz des Hinzutritts einiger neuen Mitglieder ihre frühere Stärke noch nicht wieder erreicht. Der Sinn dafür scheint zu fehlen, und die pekuniären Vortheile der Königswürde sind unbedeutend. — Seit einigen Tagen ist es wieder kalt und Schnee, Regen und Hagel wechseln mit einander. Namentlich die Wollproduzenten wünschen baldige Aenderung des Wetters, um mit der Schur beginnen zu können. — Die Landwirthe sind vielfach der Ansicht, daß es in diesem Jahre viel Hagel geben werde, weshalb sie mehr noch als sonst (namentlich auch Kustfahbesitzer) ihre Felder versichern. Nur die kleinen Wirthe können sich zu ihrem eigenen Schaden immer noch dazu nicht entschließen.

Strombericht.

Oborniker Brücke.

Am 21. Mai. Kahn Nr. 2392, Schiffer Karl Weidler, von Stettin nach Posen mit Gütern; Kahn Nr. 508, Schiffer Karl Hape, und Kahn Nr. 1332, Schiffer Ferdinand Freymark, beide von Berlin nach Schrimm, Kahn Nr. 972, Schiffer August Budke, Kahn Nr. 185, Schiffer Gottfried Mathews, und Kahn Nr. 75, Schiffer Gottlieb Androski, alle drei von Berlin nach Neustadt, sämtlich mit Salz. — Holzflößen: 2 Tristen Eichenantholz, 2 Tristen Kiefernholz, 5 Tristen engl. Eisenbahnschwellen, 5 Tristen Eichenrundholz und 21 Tristen Kiefernholz, Auflast eisenes und büchenes Klobenholz, von Burzyn in Polen nach Stettin; 33 Tristen Eichenantholz, von Wegczyn nach Stettin; 6 Tristen Kiefernholzwagen, von Neustadt nach Glien.

Inserate und Börsen-Nachrichten.

Bekanntmachung.

Table with 3 columns: Item description, Kreis, and Auction date. Items include Mischgüter, Miasowo, Dier, Schwabowo, Modliszewo, Wierzno, Zimnowoda, Wlecin, Dziadkowo, Luthnia, Golinia, Turso, Orzowo, Ruszborz, Babin, Stawiany, Storażewice, Malpin, Wörta.

Jeder Bieter ist verpflichtet, zur Sicherung seines Gebots eine Kaution von 500 Thlr. zu erlegen und erforderlichenfalls nachzuweisen, daß er den Verpachtungsbedingungen nachzukommen im Stande ist. Die Pachtbedingungen können in unserer Registratur eingesehen werden. Posen, den 10. Mai 1861.

Provincial-Landscaps-Direktion.

Nothwendiger Verkauf. Königl. Kreisgericht zu Schrimm, Erste Abtheilung, den 27. April 1861.

Das adlige Rittergut Mszezyezyn nebst Zubehör, hiesigen Kreises, landchaftlich mit den auf 6807 Thlr. 7 Sgr. 7 Pf. gewürdigten Forsten abgetheilt auf 127,394 Thlr. 9 Sgr. 5 Pf. zufolge der nebst Hypothekenschein und Bedingungen in der Registratur einzusehenden Taxe, soll am

16. December 1861 Vormittags 11 Uhr an ordentlicher Gerichtsstelle subhastirt werden. Diejenigen Gläubiger, welche wegen einer aus dem Hypothekenbuche nicht ersichtlichen Realforderung aus den Kaufgeldern Befriedigung suchen, haben sich mit ihrem Ansprüche bei Gericht zu melden.

Für die hiesige neu zu organisirende israelitische Clementar-Schule wird zu Michaelis c. gesucht:

a. ein geprüfter erster resp. dritgender Lehrer, der nebst einer höheren wissenschaftlichen Bildung gründliche Kenntniß der hebräischen Sprache besitzt. Jährliches Gehalt 300 Thlr. nebst freier Wohnung;

b. ein geprüfter Clementarlehrer. Jährliches Gehalt 200 Thlr. nebst 25 Thlr. Wohnungszuschuß.

Qualifizierte Bewerber wollen sich baldigst an uns, unter Einbindung ihrer Zeugnisse, franko wenden. Grätz, im Mai 1861.

Der israel. Synagogenvorstand.

Für junge Kaufleute. Von tüchtigen Lehrkräften unterstützt, errichte ich am 1. k. M. einen Kursus für junge, sich dem Handelsstande widmende Leute, welche im Deutschen, Englischen, Französischen, Polnischen, Rechnen, in der Buchführung u. gründlichen Unterricht erhalten. Täglich eine Stunde bei einem monatlichen Honorar von 2 Thalern. Meldungen bitte ich baldigst zu

machen, da ich solche nur bis zum 1. k. M. entgegennehme.

Ein besonderer Kursus für Anfänger im Englischen beginnt am 1. Juni c. Wöchentlich drei Stunden, Honorar monatlich 1 Thlr. Meine Methode hat sich durch 12jährige Praxis als eine leicht faßliche bewährt und meine Gewandtheit in der englischen Sprache ist durch einen vieljährigen Aufenthalt in London gegründet. Julius Cohn, Judenstr. 13/14.

Ein in Posen belegenes Grundstück mit massivem Vordergebäude, Stall und Hinterhaus ist Familienverhältnissen halber sofort aus freier Hand zu verkaufen bei einer Anzahlung von 2—300 Thlr. Das Nähere beim Wirth Schroda Nr. 50/51.

Meinen hier in Wronke zunächst der Eisenbahn und Post belegenen Gasthof zum schwarzen Adler beabsichtige ich mit den dazu gehörigen ca. 20 Morgen Weizenboden aus freier Hand zu verkaufen.

L. Krüger. Der hier selbst in dem Grundstücke Sapichaplatz Nr. 5 befindliche, den Kleemannschen Erben gehörige Gasthof, der weiße Adler genannt, soll anderweit auf drei, event. auch auf sechs Jahre, vom 1. Oktober dieses Jahres ab verpachtet werden. Pachtfristige werden aufgefordert, ihre Gebote entweder bei mir mündlich, oder in frankirten Briefen abzugeben. Die Verpachtungsbedingungen können bei mir und bei dem Verwalter der Kleemannschen Grundstücke, Auktionskommissarius Herrn Lipschitz, eingesehen werden. Posen, den 22. Mai 1861.

Tschuschke, Justizrath, als Vormund der Kleemannschen Erben.

Ein verheiratheter Justizbeamter wünscht in dienstfreien Stunden mit schriftlichen Arbeiten jeder Art von Kaufleuten und Rechtsanwaltern gegen billige Entschädigung beschäftigt zu sein und erbittet sich Adressen sub F. P. in der Expedition dieser Zeitung.

Feuer-Versicherungsbank für Deutschland in Gotha. 75 Prozent

Nach dem Rechnungsabschlusse der Bank für 1860 beträgt die Ersparniß für das vergangene Jahr

der eingezahlten Prämien.

Jedem Banktheilnehmer in hiesiger Agentur wird dieser Antheil nebst einem Exemplar des Abschlusses am Komptoir des unterzeichneten Agenten, Breslauerstraße Nr. 4, ausgehändigt, bei dem auch die ausführlichen Nachweisungen zum Rechnungsabslusse zu jedes Versicherten Einsicht offen liegen.

Denjenigen, welche beabsichtigen, dieser gegenseitigen Feuer-Versicherungsgesellschaft beizutreten, giebt der Unterzeichnete bereitwilligst desfallsige Auskunft und vermittelt die Versicherung. Posen, den 22. Mai 1861.

Robert Garfey,

Agent der Feuer-Versicherungsbank f. D. in Gotha.

Die Saison des königlichen Bades

Oeynhausens (Rehme) in Westfalen

(kohlensäure Sooltherme, Sool-, Dunst-, Gas-Bäder)

währt vom 19. Mai bis 15. September.

Auskunft über Mieten von Wohnungen oder sonstige Angelegenheiten ertheilt die königl. Badeverwaltung.

Unter dem 18. Mai c. habe ich hier Markt Nr. 1, unterm Rathhause, vis-à-vis der Bronkerstraße,

eine Leinen- und Wäschehandlung en gros & en détail

errichtet. Indem ich bitte, das mir während meiner 13jährigen Wirksamkeit in der Handlung des Herrn Jac. Königsberger bewiesene Wohlwollen auch in diesem meinem Unternehmen zu bewahren, versichere ich, daß ich unausgesetzt bemüht sein werde, solches durch Reellität und Wohlfeilheit zu rechtfertigen.

Julius Glückstein.

Kork-Apparate,

sehr empfehlenswerth für jede Hauswirthschaft, ganz besonders für Kaufleute, Wein-, Händler, Brauer, Restaurateure u. s. w. bei

G. Schoenecker, Gerberstraße Nr. 16.

Dr. Béringuer's KRÄUTER-WURZELÖL in Originalflaschen zu 7 1/2 Sgr.

Den allerbesten derartigen Erzeugnissen ebenbürtig zur Seite stehend, kann Dr. L. Béringuer's Kräuterwurzel-Haaröl als das Neueste der Kosmetik wiederholt angelegentlich empfohlen werden und empfangen ich fortgesetzt frische Zusendungen.

Herrmann Moegelin, Breslauerstr. 9.

Wollfack-Drillich und Leinen in schwerster Waare empfiehlt K. Liszkowski.

Angekommene Fremde.

Vom 22. Mai.

BUSCH'S HOTEL DE ROME. Die Rittergutsb. v. Gajewski aus Bollenstein und Sfland nebst Frau aus Gbleowo, Superintendent Wittmann aus Rawicz, die Pastoren Höhne aus Czarnikau, Reinhard aus Bromberg, Kuttner aus Neubrück, Schured aus Weische, Kolbe aus Bognowitz und Kolbe aus Szydlowo, Dr. philos. Hoffmann und die Kaufleute David aus Berlin und Münsterberg aus Breslau.

HOTEL DU NORD. Frau Rittergutsb. v. Lipska aus Uargzewo, Rittergutsb. Lazareff aus Guchowo und Oberamtmann Schimmelpfennig v. d. Dye aus Grätz.

OEHMIG'S HOTEL DE FRANCE. Gutsb. Waligorski aus Rosztowo, Partikulier v. Zychlowski aus Frazek, die Gutsb. und Leutenants Bayer aus Storzewo, Bayer aus Golenczno und Langke aus Berlin, Frau Rentier v. Coniar aus Dresden, die Kaufleute Schinke aus Oberfeld, Bettelhäuser und Lüttge aus Berlin, Lüdemann aus Hannover und Langenstraßen aus Bremen.

SCHWARZER ADLER. Oberamtmann Jodisch aus Gzerleino, Gutsb. pächter Hellmuth aus Kazmierz, Administrator v. Waliszewski aus Chocicza, die Gutsb. Woliczny nebst Frau aus Konarekie und Wagnowicki aus Scypinik.

STERN'S HOTEL DE L'EUROPE. Die Gutsb. v. Kojutski aus Bargonow, v. Milkowski aus Popowo, v. Bickowski sen. und jun. aus Smulzewo und v. Budziszewski aus Frazek, die Gutsb. und Leutenants Bayer aus Storzewo, Bayer aus Golenczno und Langke aus Berlin, Frau Rentier v. Coniar aus Dresden, die Kaufleute Schinke aus Oberfeld, Bettelhäuser und Lüttge aus Berlin, Lüdemann aus Hannover und Langenstraßen aus Bremen.

MYLIUS' HOTEL DE DRESDE. Reg. Assessor Frhr. v. Massenbach und Gymnasialrath Frhr. v. Massenbach aus Bialobok, die Kaufleute Rommer aus Voche, Abelsdorff, Mehlisch und Cybram aus Berlin, Hoffmann aus Eibenstock, Fischer aus Meerane, Seydelmann, Münsterberg und Schwerin aus Breslau, Vassill aus Aachen, Leipziger aus Triest, Freund und Schmidler aus Neisse.

HOTEL DE BERLIN. Die Gutsb. Butowski sen. und jun. aus Rudow, Busse und Grundbesitzer Jähle aus Zerkowko, Landwirth Schag und Leutenant Krüger aus Obornik, Schauspieler Reinold aus Magdeburg, Pastor Bethge aus Neustadt b. P., Kommandant Kopski aus Choyno, Fräul. Busse aus Zirkowko und Ingenieur Wagner aus Kanada.

HOTEL DE PARIS. Gutsb. v. Ryglowski aus Wegorzewo, die Gutsb. pächter Lewandowski aus Stodola und Arzki aus Kurzynowo lesne, Eigentümer Kirichenstein aus Kostrzyn und Gutsverwalter Bulczynski aus Nietzanowo.

BAZAR. Die Gutsb. Graf Potulicki aus Groß-Fejory, v. Radoński aus Rudnicz, v. Niezuchowski aus Neme, v. Lacti aus Konino und v. Niegolewski nebst Frau aus Morownica.

EICHBORN'S HOTEL. Partikulier Alexander aus Breslau und Kaufmann Pigner aus Neustadt a. W.

BUDWIG'S HOTEL. Die Kaufleute Rag aus Gnesen, Bergas aus Grätz, Grohner aus Berlin, Krotowski aus Zarocin und Friedländer aus Rogasen.

GOLDENES REH. Die Kaufleute Leiser, Brand und die Kaufm. Frauen Witkowska und Eychlich aus Neustadt a. W., Fräulein Knoblauch aus Rogasen, Müllermeister Kopinski und Restaurateur Trizowski aus Gnesen.

